SPERRE

Münsters Monatsmagazin für Arbeit und Soziales
Dezember 2001 / Januar 2002

SEITE 6:

Der Verschiebe-Bahnhof.

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!

Jetzt haben wir also die totale Globalisierung. Es gibt nicht mehr nur ein weltweit vernetztes Kommunikationssystem, ein interkontinental agierendes Wirtschaftssystem, einen weltweiten Austausch der Kulturen - nun haben wir auch ein schreckliches i-Tüpfelchen: den internationalen Terrorismus!

Und der ist weder virtuell noch abstrakt noch irgenwie Science-Fiction - er ist real faßbar, erlebbar, für tausende Menschen tödlich. Was in den anderen globalisierten Bereichen durchaus möglich ist, nämlich Dinge, Modalitäten zu ändern, fällt beim global agierenden Terror schlicht weg, erscheint schier unmöglich. Oder weiß jemand ein Rezept, dieses i-Tüpfelchen einfach auszuradieren? Ja, es geht beim Terrorismus in der Tat um die ‚radix', zu deutsch: Wurzel! Und insofern sind irgendwelche Änderungen der Modalitäten völlig daneben. Es gibt in diesem Bereich nur ein Heilmittel: mit der Wurzel ausrotten, damit nichts mehr nachwachsen kann.

Das mißlingt aber, wenn man diesem Terrorismus á la George Bush begegnen will, nach Wildwest-Art: „Wanted! Dead or alive!" Als ob es nur einen oder auch nur einige fanatische Terroristen auf der Welt gäbe! Der skrupellosen Schurken gibt es viele in allen möglichen Schattierungen. Dem einen liefert die Religion eine Rechtfertigung für sein Tun (nicht zu vergessen: die römische Kirche zur Zeit der Conquistadores), dem anderen seine Stammes- oder Volkszugehörigkeit (siehe in unseren Tagen im nahen ehemaligen Jugoslawien oder die Ausrottung ganzer Völker in Afrika). Was bleibt uns, was bleibt *mir* zu tun übrig, mit dafür zu sorgen, daß diese radix nachhaltig entfernt werden kann? Ein Sprichwort sagt: „Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu!"

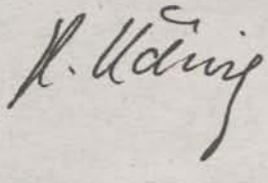
Wie wär's mit dem echten Beherzigen und In-die-Tat-Umsetzen dieses so einfachen Satzes?! Doch der Begriff ‚Terror' beinhaltet nicht nur Mord und Totschlag. Der Duden nennt „rücksichtsloses Vorgehen" neben „Gewaltherrschaft" als Synonyme. Wie steht's mit dem ersteren? Sind die Länder Europas nicht jahrhundertelang „rücksichtslos" gegenüber den Völkern in anderen Ländern, erst recht Kontinenten vorgegangen? Ich nenne hier nur die Versklavung der Indio-Völker in Süd- und Mittelamerika, ja auch deren Ausrottung im Zeichen des Kreuzes. Das wurde „Missionierung" betitelt, also Sendung, Auftrag. Doch dieses Wort wurde wissenlich und willentlich sinnentstellt und mißbraucht. So wie das Wort Gottes an unsere Ur-Eltern: „Macht Euch die Erde untertan!"

Wie wahr! Wir haben's geschafft, beinahe so weit, daß es heute nur noch wenig auf der Erde gibt, was man ausbeuten könnte. Öl, Kohle, Erdgas - sie erweisen sich als begrenzt. Das wissen wir, und doch machen wir unbekümmert weiter ...

Und die Wälder der Erde! Raubbau - und kein Ende der Abholzung abzusehen, trotz besseren Wissens, da sich bedenkliche Klimaveränderungen auf unserem Planeten zeigen. Glücklicherweise werden heute die Leute, welche Alternativ-Energien propagieren, nicht mehr belächelt, sondern ernst genommen, sogar gefördert. Doch geschieht das nur in den „zivilisierten" Ländern. Die Dritte und Vierte Welt bleiben weitgehend draußen vor. Dabei wurden diese beiden ‚Welten' - und werden es noch - von der Ersten ausgebeutet wie in alten Zeiten.

Meine Frage: Ist nicht dieses „rücksichtslose Vorgehen" die Wurzel allen Übels, des Terrors im Sinne der „Gewaltherrschaft", welche die Terroristen für sich reklamieren?!

Heiner König



WAS DRIN IST

SEITE

4 **ZUM LEBEN ZU WENIG**
Altersversorgung für Erwerbslose
Altersvorsorge und Arbeitslosenhilfe
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
Riesterrente - Förderrente

6 **IM BAHNHOF**
Der Verschiebe-Bahnhof

9 **GASTBEITRAG**
Ratsherr Richard-Michael Halberstadt:
„Die Menschen nicht hin- und herschieben!"

10 **DER ARBEITSMARKT**
Job! AQTIV?

12 **EINSPRUCH - STATTGEGEBEN**
Urteile und Anwalttip

14 **GEMEINSAM**
Alleinerziehende sind keine Singles!!
Globalisierung gerecht gestalten!
Phönix-Inkubator erfolgreich beendet.
Arbeiten ist schön.

16 **GASTBEITRAG**
Grünen-Vorsitzende Claudia Roth:
„Wir brauchen eine Kehrtwende in der Entwicklungspolitik!"

17 **FRAUEN**
Prostitution nicht mehr sittenwidrig

18 **NUR MUT!**
„Ich möchte, daß ein Kochbuch duftet!"

20 **INTERVIEW**
Sozialamts-Chef Michael Willamowski:
„Wir wollen die Sozialhilfe modernisieren."

22 **WÄHRUNG**
Der Euro kommt.

Glaube kann Berge versetzen...
das Theater manchmal auch.

Lassen Sie sich überzeugen!
Musiktheater, Schauspiel, Tanztheater,
Kinder- und Jugendtheater und Konzert –
an den Städtischen Bühnen Münster
können Sie wahre Wunder erleben!

Städtische Bühnen Münster
Neubrückenstraße 63, 48143 Münster
Kasse 0251/41467100,
www.theater.muenster.org

städtische bühnen münster

Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger erhalten
eine 50%ige Ermäßigung auf den Tageskartenpreis.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e.V.
Achtermannnstr. 7, 48143 Münster

Telefon: (0251) 511121
Telefax: (0251) 47914
E-Mail: sperre@muenster.de
abm@muenster.de
Internet: www.muenster.org/sperre

Redaktion:
Hans Dieter Hunscher (hdh),
Heiner König (hk), Ralf Tieck (tie),
Arnold Voskamp (avo),
Michael Weist (mic, v.i.S.d.P.)

Mitarbeit:
Wilhelm Achelpöhler, Anne Neugebauer,
Stefan Rißmann (sr), Uli Wieners

Design, Layout, Satz:
Ralf Vassholz, Michael Weist

Titel:
Ralf Vassholz (Gestaltung),
Michael Weist (Fotos)

Web-Design: Stefan Rißmann

Anzeigen, Spenden:
Michael Weist

Bankverbindung/Spendenkonto:
Sparkasse Münster
BLZ 400 501 50, Kto. 4011797

Produktionsberatung:
Navigator Ateliergemeinschaft Ulrich Ruhe
Druck:
Druckhaus Lensing

Auflage: 4.000
Bezug: per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement,
Verteilung: kostenfrei an Auslagestellen im Innenstadtgebiet Münsters (neue InteressentInnen wenden sich bitte an den Herausgeber)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch auszugsweiser Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe (Februar 2002):
31. Januar 2002
Redaktionsschluß: 14. Januar 2002
Anzeigenredaktionsschluß: 18. Jan. 2002

Altersversorgung für Erwerbslose

Arbeitseinkommen und ebenso Lohnersatzleistungen sollen nicht nur für den aktuellen Bedarf da sein, sie sollen auch die Bedürfnisse im Alter decken. Der größte Teil der Alterssicherung wird über die gesetzliche Altersrente aufgebracht. Diese zahlt allerdings nicht aus, was man selbst eingezahlt hat. In den Rentenkassen werden vielmehr die Beiträge der aktuell Erwerbstätigen umverteilt auf diejenigen, die gerade eine Rente beziehen. Um die Betriebe bei dem Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung zu entlasten, hat die Bundesregierung die Renten der Zukunft abgesenkt. Umgekehrt sorgen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit betrieblichen oder privaten Zusatzrenten für ein Einkommen neben der Altersrente.

Nun ist der Arbeitsmarkt seit langem nicht mehr in der Lage, allen Menschen einen Erwerb zu bieten. Im Durchschnitt wird jeder von uns vier Jahre des Erwerbslebens arbeitslos sein, dazu kommen weitere Fehlzeiten. Neben der grundsätzlich gesenkten Altersrente werden vielen Arbeitnehmern diese Fehlzeiten oder Zeiten geringerer Versicherungsbeiträge einen zusätzlichen Rentenausfall bescheren.

Es bestehen Möglichkeiten, solche Lücken durch freiwillige Zahlungen an die Rentenkasse aufzufüllen. Weil aber die Rentenversicherungen aus dem großen Topf nicht nur Altersrenten der Versicherten, sondern auch Hinterbliebenenrenten, Berufsunfähigkeitsrenten, Reha-Kosten und anderes bezahlen, ist der direkt meßbare Ertrag einer anderen Altersvorsorge meist günstiger. Wenn Arbeitslose überhaupt einen Spielraum für Zusatzvorsorge haben, dann wählen sie eine private.

avo

Altersvorsorge und Arbeitslosenhilfe

Beim Bezug von Arbeitslosenhilfe können laufende Beiträge zur Alterssicherung günstig wirken. Wenn es nämlich wegen der Anrechnung von Einkommen zur Kürzung der Arbeitslosenhilfe kommt, dann verringern die Beiträge zur Altersversorgung das anzurechnende Einkommen. Indirekt zahlt dann also das Arbeitsamt den Beitrag zur Zusatzversorgung.

Altersvorsorge spielt auch in einer zweiten Hinsicht eine Rolle für die Arbeitslosenhilfe. Vermögen, das zur Aufrechterhaltung einer angemessenen Alterssicherung bestimmt ist, wird bei der Bedürftigkeitsprüfung nicht berücksichtigt. Als angemessen gelten 1.000 Mark pro vollendetem Lebensjahr des Arbeitslosen. Nicht jede Vermögensform wird aber als Altersvorsorge akzeptiert. Eine private Versicherung einer Zusatzrente ab dem 65. Lebensjahr ist eindeutig Altersvorsorge. Dagegen dürfte ein Aktienbestand, mit dem regelmäßig spekuliert wird, nicht vor Verwertung geschützt sein. Allgemein läßt sich sagen: Das Vermögen muß längerfristig angelegt sein; es darf nicht angerührt worden sein für andere Zwecke; die Verzinsung soll auch angelegt werden; regelmäßige Beiträge geben auch Indiz für Altersvorsorge. Weitere Informationen zum Vermögen in der Altersvorsorge gibt das Faltblatt *‚Arbeitslosenhilfe und Vermögen'* der *cuba*-Arbeitslosenberatung.

Die ab 2002 eingeführte gesetzliche Zusatzrente - Riesterrente, Förderrente (siehe nebenstehenden Beitrag) oder wie auch immer sie heißt - geht ebenso wie die gesetzliche Altersrente in diese Vermögensüberprüfung nicht ein. Sie darf vor dem Rentenalter nicht angerührt werden. Es ist vertraglich geregelt, daß sie nicht verpfändet oder beliehen werden darf, die angesparte Summe darf weder bei

Arbeitslosenhilfe noch bei Sozialhilfe angerechnet werden. Die Beiträge zur Riesterrente lassen sich jedoch wiederum abziehen von einem Einkommen, das die Arbeitslosenhilfe senken würde. Um auch in der Arbeitslosigkeit die Förderung zu erhalten, muß der Mindestbeitrag gezahlt werden. avo

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Wem die Beitragslücken und die Rentenreformen die Rente unter das Sozialhilfeniveau gekürzt haben, der oder die hat ab Anfang 2003 die Möglichkeit, die Grundsicherung zu beantragen. Diese Grundsicherung ist eine vereinfachte Sozialhilfe, die Antragsformulare werden automatisch über die Rentenkassen verschickt. Anders als heute noch in der Sozialhilfe sollen die Kinder oder Eltern im Falle der Grundsicherung in der Regel nicht unterhaltspflichtig sein. Nur in engen Ausnahmefällen sollen diese verpflichtet sein, ihre Einkommensverhältnisse offenzulegen. Zum Start der Grundsicherung wird die SPERRE ausführlicher informieren. avo

Riesterrente – Förderrente

Mit der Riesterschen Rentenreform hat die rot-grüne Bundesregierung Abschied genommen von einer Rentenversicherung, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen finanzieren. Um die Versicherungsbeiträge der Arbeitgeber zu begrenzen, wird die allgemeine Rentenhöhe abgesenkt. Als Ersatz für diese Lücke bietet die Rentenreform sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern die Möglichkeit, sich eine private, kapitalgedeckte Zusatzversorgung zu organisieren. Der Staat fördert diese eigenverantwortliche Altersvorsorge von Pflichtversicherten mit Zuschüssen.

Die geförderte private Vorsorge beginnt ab 2002 mit einer maximal förderbaren Sparsumme von 1 % des Bruttoeinkommens, sie steigt bis 2008 auf dann 4 % des Einkommens. Die eigenen Sparbeiträge verringern sich um die Fördersätze. Die oder der Versicherte erhält eine Grundzulage sowie eine Kinderzulage. Diese Zulagen sind Festbeträge, die zum Beispiel auch Geringverdiener erhalten. Sie können für höhere Einkommen aber aufgestockt werden durch einen Steuerfreibetrag.

Starten tut die Riester-Rente am 1.1.2002. Wer bis dahin noch keinen Vertrag über eine zusätzliche Vermögensbildung abgeschlossen hat, gerät aber noch nicht ins Hintertreffen. Man muß nämlich nicht schon in diesem Jahr einen Vertrag abschließen, wie Versicherungsunternehmen es uns einreden wollen. Es reicht, im Laufe des nächsten Jahres einen Vorsorgevertrag abzuschließen. Wer 2002 noch nicht anfängt, aber 2003 eine gute Variante für sich findet, hat mehr davon als einer, der sich ohne Klarheit im Kopf das erstbeste Produkt andrehen läßt. Gefördert werden nur bestimmte Kapitalanlagen. Das können betriebliche Zusatzversorgungen sein, private Rentenversicherungen, Fonds-Sparpläne von Banken oder Investmentgesellschaften. Diese müssen bestimmte Bedingungen erfüllen und vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen anerkannt werden.

Das Zertifikat sichert verschiedene Bedingungen:

Die Zusatzversorgung muß im Alter eine regelmäßige Rente ermöglichen. Die laufende Beitragszahlung ist verpflichtend, die Beitragspflicht kann aber ruhen. Es darf aber möglich sein, aus der Ansparsumme eine Wohnung für sich selbst zu erwerben, wenn das entnommene Geld bis zur Altersgrenze zurückgezahlt ist. Die Auszahlung der Zusatzversorgung beginnt mit der gesetzlichen Altersrente oder frühestens mit 60 Jahren. Es muß mindestens soviel zurückgezahlt werden wie eingezahlt wurde.

Das Vermögen kann nicht beliehen oder verpfändet werden. Auch in der Bedürftigkeitsprüfung des Sozialamtes oder des Arbeitsamtes ist diese Vorsorge geschützt. Es werden nur solche Angebote der Vermögensbildung als förderungsfähig anerkannt, auf die während der Ansparphase nicht zurückgegriffen werden kann (§1 Nr. 11 Zertifizierungsgesetz). Diese Bedingung ist Teil jedes Vermögensbildungsvertrages.

Das Zertifikat sagt nichts darüber, wie gut die Einzahlungen verzinst sind oder wieviel die Anbieter in ihre eigene Tasche wirtschaften. Die umfangreiche Werbung vor dem Start der Zusatzversorgung macht deutlich, daß nicht wenig daran verdient wird. Auch die Werbung muß ja aus den Erträgen bezahlt werden. Deshalb lohnt ein Vergleich verschiedener Angebote. Die Verbraucherberatungen bieten spezielle Beratungen über die unterschiedlichen Vorsorgeprodukte an. avo

Michael Topp
Paul Demel
Rechtsanwälte

Bahnhofstraße 5 · 48143 Münster
Telefon 0251/414050 5 · Fax 0251/414050 6

Bahnchef Mehdorn will „saubere" Bahnhöfe.

Der Verschiebe-Bahnhof

Marketing ist das halbe Leben. Mindestens. Wer frühmorgens im Halbschlaf oder zu einer christlicheren Tageszeit mit offeneren Augen im münsterschen Hauptbahnhof unterwegs ist, kann die peppigen Plakate mit den drei großen, schwarz und rot und gold ihm entgegenspringenden ‚S' unmöglich übersehen. Die stehen, so ulkt Bahnchef Hartmut Mehdorn unermüdlich, für ‚Service', ‚Sicherheit' und ‚Sauberkeit'. Schön, schön. ‚P' wie ‚Pünktlichkeit' hat er lieber weggelassen. Und daß ‚Soziales' auch mit ‚S' anfängt, nützt ihm, dem Sozialen, wenig: Es kommt in Mehdorns plakativen Hochglanzphantasien nicht vor. Ganz im Gegenteil ...

„Bitte haben Sie einen Moment Geduld. Wir sind gerade am Gleis." Der Zettel baumelt an der Glasscheibe vom Büro der münsterschen Bahnhofsmission. Ein kurzer Blick an dem Zettel vorbei in den bescheidenen Raum hinein bestätigt, was sich schon erahnen läßt, wenn man den schier endlosen Bahnsteig zwischen Gleis 9 und Gleis 12 auf den unscheinbaren Backsteinbau zugeht: Platz ist hier Mangelware! Deshalb - das verrät ein zweiter Blick durch die Glasscheibe - muß der winzige Raum viel mehr schaffen als irgendein x-beliebiges Null-Acht-Fünfzehn-Büro: Gleich vorne rechts muß er als Teeküche für allzeit warmes Wasser und für Schnittchen sorgen. Links gegenüber, einen kleinen Schritt nur von der schlichten Spüle entfernt, mutiert er zu einem Mini-Büro in Schreibtischgröße. Und noch einen klitzekleinen Schritt weiter, unmittelbar hinter dem Schreibtischstuhl, macht er aus einem runden Tisch und ein paar alten Stühlen einen einfachen, aber funktionstüchtigen Konferenzraum. Wenn das kein Allround-Job ist!

Den hat auch Sozialarbeiterin Maria Woltering. Seit zehn Jahren leitet sie die münstersche Bahnhofsmission. Gerade eilt sie, das Kinn tief in der wärmenden blauen Bahnhofsmissions-Windjacke versteckt, den zugigen Bahnsteig längs auf das Missionshäuschen zu. Sie schiebt einen Rollstuhl. In dem sitzt ein mehrfachbehinderter Junge, acht Jahre alt vielleicht. Er gestikuliert mit Händen und Füßen und unterhält sich lebhaft mit offenbar gutgelaunten Wesen, die nur er sieht. Neben Maria Woltering geht eine etwas gestreßt aussehende junge Frau, wahrscheinlich die Mutter des Buben. Gemeinsam schieben sie den Rollstuhl die Rampe hoch, in die warme Büroküche hinein. Drinnen gibt's erstmal eine kleine Stärkung: eine Käsestulle und ein Glas Saft für den Jungen, eine dampfende Tasse Kaffee für die fröstelnde Mutter.

Alltag in der Bahnhofsmission. „Herr Mehdorn hat ja keine Ahnung, was bei uns alles so los ist." Maria Woltering redet nicht lange um den heißen Brei herum. Daß Hartmut Mehdorn sich unlängst bemüßigt fühlte, in der BILD-Zeitung (wo auch sonst ...) über eine Säuberung der deutschen Bahnhöfe von Wohnungslosen und Drogenabhängigen zu räsonieren, findet Woltering, gelinde gesagt, einen unschönen Zug des Bahnchefs. Deshalb nimmt sie auch kein Blatt vor den Mund, wenn sie irgendeine noch so kleine Möglichkeit sieht, ihn in die Schranken zu weisen: „Mit den Obdachlosen und den Junkies räumt Herr Mehdorn zuerst auf. Als nächste sind dann vielleicht die Behinderten dran. Und dann? Die Alten? Die Armen? Die Brillenträger? Da steckt eine Logik hinter, die mir wirklich Angst macht."

Aber der Reihe nach. Was war eigentlich passiert? Handstreichartig hatte Bahnchef Hartmut Mehdorn am 14. Oktober die Lufthoheit (aha: Die Bahn geht also auch in die Luft !?) über den deutschen Stammtischen okkupiert, indem er einer blöden Sonntagszeitung anvertaute, daß soziale Randgruppen seiner Meinung nach in sauberen deutschen Bahnhöfen nichts verloren

Die Leiterin der münsterschen Bahnhofsmission, Maria Woltering, in ihrem schreibtischgroßen Büro: Papierkram muß auch sein!

und daher dort auch nichts zu suchen hätten. Originaltöne Mehdorn: „Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesteckt. Die Bahnhöfe in Deutschland sollen sauberer werden." Und: „Die Leute von der Bahnhofsmission sind barmherzige und liebe Menschen. Aber wir wollen nicht mehr, daß sie eine Warmküche am oder im Bahnhof betreiben." Und: „Obdachlose sind keine bösartigen Leute, aber sie gehören nicht in den Bahnhof." Und: „Die Deutsche Bahn ist nicht zuständig für die sozialen Probleme Obdachlosigkeit und Drogenabhängigkeit in einer Stadt." So weit, so unsauber.

Mit seinen Polemiken löste Hartmut Mehdorn quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen einen Sturm der Em-

pörung aus, der ihm ordentlich um die Ohren blies und sein eingleisiges Saubermann-Image ungebührlich zu zerknittern drohte. Weshalb er denn auch schleunigst zurückruderte (aha: Die Bahn geht also auch ins Wasser!?) und kleinlaut verkünden ließ, so sei das ja alles gar nicht gemeint gewesen. Der Pressesprecher der Deutschen Bahn in Nordrhein-Westfalen, Manfred Pietschmann, zeigte sich gegenüber der SPERRE richtig verärgert darüber, daß die blitzsauberen Gedankengänge seines Chefs von der BILD-Zeitung (von wem auch sonst ...) skrupellos aus dem Zusammenhang gerissen worden seien. Natürlich gebe es in den Bahnhöfen „Spielregeln". Doch wer sich an die halte, sei im Bahnhof jederzeit „herzlich willkommen". Einen Seitenhieb auf die Bahnhofsmission kann sich Pietschman indes nicht verkneifen: „Die Bahnhofsmissionen machen einen tollen Job, aber sie sollen bitteschön aufhören, mit ihrer Essensausgabe Wohnungslose und Drogenabhängige nachgerade zu akquirieren."

Solche Sprüche bringen Maria Woltering auf die Palme: „Von Akquise kann doch gar keine Rede sein! Die Menschen, über die sich der feine Herr Mehdorn mokiert, sind doch sowieso hier im Bahnhof. Und sie haben prinzipiell genau dasselbe Recht, hier zu sein, wie du und ich!" Umgekehrt werde ein Schuh daraus: Die Bahnhofsmission leiste der Deutschen Bahn Tag für Tag gute Dienste, wenn sie Besucher mit persönlichen Problemen an die zuständigen sozialen Träger weitervermittele. „Wir arbeiten da sehr eng mit dem Frauenhaus und mit der Drogenhilfe zusammen, um nur zwei Beispiele zu nennen", erläutert Woltering. Alltag in der Bahnhofsmission ist es eben auch, wenn sich die guten Seelen dort einer vor ihrem prügelnden Mann geflüchteten und an den Gleisen ziellos umherirrenden Frau annehmen, sie erst einmal beruhigen und schließlich in einem Frauenhaus in Sicherheit bringen. Daß sich (noch) jeder mit seinen Problemen an die Bahnhofsmission wenden kann, ist für Maria Woltering ein ganz wesentlicher Aspekt ihrer Arbeit. Sie weiß, daß der Bahnhof ein sozialer Brennpunkt war, ist und bleiben wird. Und sie erinnert Bahnchef Mehdorn an einen kurzen, aber präzisen Satz in unserer Verfassung: „Eigentum verpflichtet." Sogenannte Randgruppen zu verdrängen, da ist sie sich sicher, löst die sozialen Probleme ganz bestimmt nicht.

Das findet auch Richard-Michael Halberstadt, münsterscher CDU-Ratsherr und Sprecher der Kaufmannschaft im Hauptbahnhof: „Wer wie Herr Mehdorn Wohnungslose aus dem Bahnhof vertreiben will, vergißt eines: Der Bahnhof ist und bleibt öffentlicher Raum. Er darf nicht zum Verschiebe-Bahnhof werden." Wer die Leute hinausdränge, beraube sie einer lebenswichtigen Anlaufstation und trage maßgeblich dazu bei, daß man sie mit öffentlichen Hilfeangeboten nicht mehr erreiche. Richard-Michael Halberstadt zeigt die Chancen eines entgegengesetzten Weges auf: „Geschäftsleute im Bahnhof haben zwei Personen aus dem Wohnungslosenmilieu auf 630-Mark-Basis eingestellt." Und der Erfolg gibt ihm recht: „Die Leute", weiß er, „wollen arbeiten. Sie wollen raus aus der Spirale von Ausgrenzung, Armut und Gewalt." Und was Hartmut Mehdorns Sauberkeitsphantasien angeht, hat Halberstadt einen spannenden Vergleich parat: „Die Menschen spüren doch instinktiv, daß die jüngst bekanntgewordenen Korruptionsaffären im Management der Deutschen Bahn erheblich unsauberer sind als das Bild, das der eine oder andere Wohnungslose im Bahnhofsbereich abgibt."

Wenn Halberstadt Besucher durch den Bahnhof führt, macht er dezent auf so manche Szene aufmerksam, die denen sonst wahrscheinlich gar nicht aufgefallen wäre: „Sehen Sie? Da geleiten gerade wieder zwei Leute vom Bahnschutz einen unliebsamen Gast diskret, aber bestimmt aus dem Gebäude." Oder: „Sehen Sie das formschöne Gerät dort oben an der Decke? Das ist nicht etwa eine Lampe, wie ▶

In der Wärmestube der Bahnhofsmission gibt's Stullen und einen Becher Kaffee.

man auf den ersten Blick meinen könnte. Das ist eine Überwachungskamera." 35 davon gebe es seit gut einem Jahr im gesamten Bahnhofsbereich. „Der ganze Spaß hat rund sieben Millionen Mark gekostet", weiß Halberstadt.

Viel Geld, daß man sinnvoller in die Lösung sozialer Probleme hätte stekken können als in deren bloße Verdrängung in die Grünanlagen und Straßenzüge hinter dem Bahnhof. „Wir von der Kaufmannschaft im Bahnhof", so Halberstadt, „hätten uns schon gewünscht, Herr Mehdorn hätte erst einmal Kontakt mit unserer Ordnungspartnerschaft aufgenommen." Wahrscheinlich hätte man dann gerade noch die Weiche herumreißen und so verhindern können, daß er sich wieder mal auf's Abstellgleis rangiert. Seit zwei Jahren besteht die Ordnungspartnerschaft für den münsterschen Hauptbahnhof. Unter Federführung von Sozialdezernentin Dr. Agnes Klein setzen sich in regelmäßigen Abständen Geschäftsleute, Sozialarbeiter, Polizeibeamte und Mitarbeiter des Ordnungsamtes an einen runden Tisch, um aktuelle Probleme und Entwicklungen im Bahnhofsumfeld zu diskutieren und Perspektiven zu entwickeln, die alle gemeinsam tragen können. „Ein Konzept, das sich bewährt hat", resümiert Richard-Michael Halberstadt.

Die Zukunft der Bahnhofsmission in einem (wann auch immer ...) umgestalteten Hauptbahnhof liegt Kaufmannschaftssprecher Halberstadt besonders am Herzen: „In einem sanierten Bahnhof muß mit dem Mauerblümchendasein, das die Bahnhofsmission am Gleis 12 fristet, Schluß sein!" Wenn es nach Halberstadt ginge, wäre sie zukünftig direkt in der Bahnhofshalle oder in der Nähe des Ostausgangs angesiedelt und vor allem barrierefrei, das heißt: auch für gehbehinderte Menschen oder Rollstuhlfahrer bequem zu erreichen. Da könnte er die Rechnung allerdings ohne den Wirt, sprich: die Bahnhofs-Geschäftsführung, gemacht haben. Hans-Peter Konnes, stellvertretender Bahnhofsmanager, stellte gegenüber der SPERRE klar: „Im Moment gibt es auf unserer Seite keinerlei Pläne, die Bahnhofsmission woanders anzusiedeln."

Treppauf also nochmal zur Bahnhofsmission zurück. In der Wärmestube sitzen Martina, Chris und Becky. Es gibt belegte Brote und Kaffee. Martina umfaßt den warmen Becher mit beiden Händen. „Wir machen Platte in einem leerstehenden Geschäftshaus", erzählt sie beinahe flüsternd, „da ist es saukalt." Und Chris ergänzt: „Wir kommen eigentlich jeden Tag hierher. Hier kann man sich aufwärmen, was essen und auch mal mit anderen Leuten quatschen. Was die so machen oder ob sie irgendeine Idee haben, was man machen könnte." Seine schmale Arbeitslosenhilfe setzt er komplett in Lebensmittel um. Aber da er sich das Essen mit den anderen teilt, ist das Geld natürlich schnell weg. Da ist dann guter Rat mindestens genauso teuer wie eine Scheibe Brot oder eine heiße Suppe. „Klar suche ich einen Job", gibt Chris sich kämpferisch, „aber wenn du keine Wohnung hast, kriegst du keine Arbeit, und ohne Arbeit kriegst du keine Wohnung. Aus diesem Teufelskreis kommst du nicht so schnell wieder raus!"

Auf Bahnchef Mehdorn sind die drei natürlich nicht besonders gut zu sprechen. „Der müßte selbst mal so richtig in der Scheiße sitzen", ereifert sich Martina, „dann würde er bestimmt auch sehr gerne die Hilfe der Bahnhofsmission in Anspruch nehmen." Maria Woltering von der münsterschen Bahnhofsmission allerdings kann den ungebremsten Entgleisungen des Herrn Mehdorn sogar etwas Positives abgewinnen: Das zum großen Teil aus ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehende Team konnte sich nämlich unmittelbar nach dessen sauberem Gerede über Zuwachs freuen. Zwei Studenten wollen zukünftig eine Schicht pro Woche übernehmen. „Die haben sich gesagt: jetzt erst recht!", freut sich Maria Woltering. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Text und Fotos: mic

Zu den den Sozialhilfe-Plänen des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (die SPERRE berichtete) und zu den Perspektiven einer kommunalen Sozial- und Beschäftigungspolitik erreichte uns folgender Gastbeitrag des münsterschen CDU-Ratsherren Richard-Michael Halberstadt.

„Die Menschen nicht hin- und herschieben!"

Foto: Weist

„Fordern und Fördern" heißt das Programm von Roland Koch. Doch ist das nicht längst schon Realität, wenn es darum geht, Menschen aus der Arbeitslosigkeit wieder in Brot und Arbeit zu bringen? Auch Gerhard Schröder und Rudolf Scharping machen mobil gegen sogenannte „Sozialschmarotzer" und „Drückeberger", wenn es gilt, ein neues Sozialprogramm zu entwickeln. Es gibt heute fast drei Millionen Menschen in Deutschland, die Sozialhilfe beziehen. Diese Zahl zu halbieren, dürfte sehr schwierig sein, da rund zwei Millionen Menschen davon Kinder, behinderte Menschen, Alleinerziehende oder Rentner sind und deshalb dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Es bleiben also etwa 800.000 arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger. Von diesen wiederum beschäftigen oder vermitteln Städte und Gemeinden etwa 400.000.

Natürlich stoßen Städte und Gemeinden irgendwo an ihre Grenzen. Ein schwacher Arbeitsmarkt verschlechtert die Möglichkeiten, Sozialhilfeempfängern wieder Arbeit zu vermitteln, denn die Arbeitsmarktpolitik läßt sich kommunal nur begrenzt gestalten. Es gibt aber dennoch ein enormes Engagement der Städte, Kreise und Gemeinden im Rahmen der Programme ‚Hilfe zur Arbeit' oder ‚Arbeit statt Sozialhilfe'. Alle Bemühungen der Sozialämter, die eine verbesserte Vermittlung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt fördern, verdienen unsere Unterstützung.

Doppelte Bürokratie und komplizierte Vermittlung in den Arbeitsmarkt können wir uns nicht leisten, da es den Sozialhilfeempfängern nicht weiterhilft. Ich denke, Arbeiten im gemeinschaftlichen Bereich sind doch nicht automatisch überflüssige Arbeiten, sondern sie sind gerade auf die Erledigung gesellschaftlicher und kommunaler Aufgaben ausgerichtet. Die Frage zum Beispiel der Pflege von Grünflächen oder Spielplätzen macht doch Sinn.

Dies alles ist jedoch auch kein Idealzustand, denn Sozialhilfe hat für Städte und Gemeinden natürlich auch einen finanziellen Aspekt. Kommunen und Gemeinden haben im Jahr 2000 zwanzig Milliarden Mark an Geld- und Sachleistungen sowie persönlichen Hilfen ausgegeben. Sozialhilfe bindet enorme kommunale Mittel, die wir dann nicht mehr in die lokale Infrastruktur investieren können, zumal sie bei den Personalkosten jährlich mit sechs Milliarden Mark zu Buche schlagen. Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) hat sich mehr und mehr gezeigt, daß sie oft nur einen ‚Drehtüreffekt' haben. Hilfeempfänger wandern häufig nur von einer Maßnahme zur anderen, erreichen jedoch nicht den ersten Arbeitsmarkt. Hier kommen oft insbesondere Lohnkostenzuschüsse für Geringqualifizierte oder das Subventionieren von Sozialabgaben in Betracht. Die Zeit der ABM dürfte hingegen weitgehend vorbei sein. Die „Drückeberger" in unserer Gesellschaft sind nicht mehr der Regelfall in unseren Gemeinden, aber es gibt sie nun einmal. Wir müssen also zwischen den Menschen unterscheiden, die arbeiten können und wollen, und denen, die nicht arbeiten wollen. Diese Entscheidung kann uns aber kein Gesetz abnehmen. Wer Sozialhilfeempfänger in Brot und Arbeit bringen will, darf nicht nur Druck ausüben, sondern muß an den neuen Reformen und Strukturen arbeiten - mit dem Ziel, die Betreuung der Sozialhilfeempfänger zu verbessern.

Langzeitarmut - ob mit oder ohne Arbeit - ist, neben anderen, ein drängendes Problem. Die hiesige Norm der Sozialhilfe ist, daß Kinder nicht in Armut aufwachsen sollen, um anschließend als Erwachsene in die Arbeitslosigkeit zu verfallen. Eine Reform der Sozialbürokratie ist dennoch nötig, damit Arbeits- und Sozialämter besser zusammenarbeiten anstatt die Menschen zwischen den Behörden hin- und herzuschieben.

Die Menschen werden verwaltet, nicht ermutigt und machen daher negative Erfahrungen, wenn Behörden keine klaren Modellprojekte aufzeigen, um den Menschen wieder in Brot und Arbeit zu bringen. Der Einzelne in unserer Gesellschaft muß merken, daß er in einer Gemeinschaft lebt, und sich darüber Gedanken machen, von wem er was wofür bekommt. Nicht alles ist umsonst in unserem Sozialsystem. Dieses Denken muß sich stärker herausbilden, denn der Blick in Deutschland ist zu stark auf den Staat gerichtet. Wir sind längst noch nicht am Ende mit der Diskussion, wie wir den Sozialstaat reformieren wollen. Generell halte ich es aber für sinnvoll, jede Form der sozialen Hilfe zu gewähren.

Es ist wie Kurt Tucholsky sagt: „Eine der schauerlichsten Folgen der Arbeitslosigkeit ist wohl die, daß die Arbeit als Gnade vergeben wird. Es ist wie im Krieg: Wer die Butter hat, wird frech."

Das soundsovielte Gesetz im Namen der Beschäftigung

Job! AQTIV?

Die Arbeitslosigkeit ist ein Problem, dessen Lösung oder Verringerung sich die Bundesregierung auf ihre Fahnen geschrieben hat. Gerade die jüngsten Entwicklungen lassen es äußerst unwahrscheinlich erscheinen, daß Bundeskanzler Schröder sein Wahlversprechen, die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken, erfüllen kann. Ein Weg, den Rot/Grün jetzt einschlagen will, ist das sogenannte *Job-AQTIV*-Gesetz. Was verbirgt sich hinter diesem scheinbaren Schreibfehler? Will der Kanzler jetzt etwa seinen Job aktiv machen? Wir dachten immer, er favorisiert die „ruhige Hand" ...

Guntram Schneider, Geschäftsführer der IG Metall in Münster, ist kein Freund blumiger Worte. Deshalb ‚übersetzt' er das Kanzler-Bonmot von der ruhigen Hand in eine klarere Sprache: „Der Kanzler ist nicht bereit, arbeitsmarktpolitisch aktiv zu werden." Das sitzt. Apropos: Was jetzt die „Ruhige Hand" ist, hieß bei einem früheren Kanzler „Aussitzen". Aber der hatte ja auch eine voluminösere Sitzfläche ...

„Ball verkehrt" nennt Metaller Schneider die paradoxe Situation, daß angesichts der konjunkturellen Krise und der für den Winter prognostizierten vier Millionen Arbeitslosen inzwischen viele Unternehmen eine aktivere Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik des Staates fordern. Wirtschaftsprofessor Ludwig Bußmann, ehemaliger wirtschaftspolitischer Berater der NRW-Landesregierungen Kühn und Rau, sieht das genauso. „Mit ihrer neoliberal eingefärbten Angebotspolitik", so Bußmann, „ist die Bundesregierung auf dem Holzweg." Und er prophezeit: „Entweder die SPD kriegt jetzt sehr bald die Kurve hin zu einer die Binnennachfrage und damit letztlich auch den Arbeitsmarkt stimulierenden Investitionspolititk oder sie wird die nächste Bundestagswahl sang- und klanglos verlieren." Erstmals seit sechs Jahren nämlich habe die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl den Abwärtstrend durchbrochen und im Sommer 2001 die Zahlen des Vorjahressommers überstiegen. „Spätestens 2002", so Bußmann, „haben wir die fünfte Nachkriegsrezession." Was der Arbeitsmarkt jetzt dringend bräuchte, sei nicht etwa die eine oder andere ruhige Hand, sondern ein phantasievolles strukturpolitisches Konzept und eine glasklare antizyklische Fiskalpolitik.

Doch die Regierung ficht das nicht an: Unisono fordert man von den Tarifpartnern (im Klartext: von den Arbeitnehmern!) Lohnzurückhaltung. (Notabene: Die Vorständler der Deutschen Bank haben, um nur ein Beispiel zu nennen, ihre Gehälter zwischen 1997 und 2001 mal eben von durchschnittlich 2,5 auf etwa 15,5 Millionen Mark raufgesetzt; pro Mann und Jahr, versteht sich ...). Finanzminister Hans Eichel setzt weiter stur auf's Sparen, Arbeitsminister Walter Riester setzt erstmal auf - bedrucktes Papier: Das *Job-AQTIV*-Reformgesetz zum Sozialgesetzbuch III (Arbeitsförderung) soll es nun richten. Es tritt zum 1. Januar 2002 in Kraft. Der Name steht für „*A*ktivieren, *Q*ualifizieren, *T*rainieren, *I*nvestieren, *V*ermitte*l*n".

Unter anderem ist vorgesehen, daß bei Beginn der Arbeitslosigkeit zwischen dem Arbeitslosen und dem Arbeitsamt eine ‚Eingliederungsvereinbarung' geschlossen wird, in der für beide Seiten verbindliche Schritte festgelegt werden, um die Arbeitslosigkeit möglichst schnell zu beenden. Als Grundlage dient das ‚Profiling', eine individuelle Chancenprognose, von der sich das Arbeitsministerium eine paßgenaue Vermittlung verspricht. Die SPD-Bundestagsfraktion rechnet vor, daß durch eine Verkürzung der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit von 35 auf 33 Wochen die Arbeitslosenzahl um ungefähr 200.000 verringert werden könne und Leistungsersparnisse von vier Milliarden Mark zu erzielen seien.

> ‚Eingliederungsvereinbarungen' sollen Arbeitsamt und Arbeitslosen gleichermaßen verpflichten.

Durch kostenneutrale Umschichtungen sollen in den Arbeitsämtern bis zu 3.000 zusätzliche Vermittlerstellen eingerichtet werden. (Was das für das Arbeitsamt Münster bedeutet, wird die SPERRE in ihrer nächsten Ausgabe berichten.) Eine Nichtannahme von Angeboten des Arbeitsamtes führt zu einer Sperrzeit von 12 Wochen. Summieren sich diese Sperrzeiten auf 24 Wochen, so sollen die Leistungen des Arbeitsamtes völlig gestrichen werden. Der Arbeitslose wird in die Sozialhilfe abgedrängt. Besonders heikel ist das sogenannte assistierte Bewerbungstraining. Hierbei muß der Arbeitsuchende unter Aufsicht eines Trainers zwei Wochen lang täglich mindestens fünf Bewerbungen schreiben. Falls ein Vorstellungsgespräch nicht zur Einstellung führt, ruft der Trainer die Firma an, um nach den Gründen dafür zu fragen. Sind die Vermittlungsversuche sechs Monate lang erfolglos, so kann der Arbeitslose die Hilfe dritter Stellen (Vermittlungsunternehmen und Maßnahmeträger) in Anspruch nehmen.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) sind nur noch von nachrangiger Bedeutung. Hier gilt das Prinzip der Zusätzlichkeit, das heißt: Nur Projekte, die ohne diese Maßnahmen nicht oder nur sehr eingeschränkt laufen, sind förderungsfähig. Wirtschaftswissenschaftler fordern eine Abkehr von ABM und sprechen sich für Zuschüsse zu den Lohn- oder Qualifizierungskosten aus. Allerdings sinkt die Zahl von ABM seit Jahren deutlich: Kurz nach der Wiedervereinigung Deutschlands gab es in den neuen Bundesländern 440.000 ABM-Stellen, im August 2001 waren es nur noch 114.000 Stellen. In Westdeutschland gibt es sogar nur noch 49.000 Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer begrüßt zwar die im *Job-AQTIV*-Gesetz vorgesehene paßgenaue Vermittlung und die Job-Rotation, bei der ein Arbeitsloser während der Qualifizierung eines Beschäftigten den zeitweise freien Arbeitsplatz einnimmt und so einen Einstieg hat,

forderte aber auch Nachbesserungen. So sollten auch BezieherInnen von Sozialhilfe an Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitsämter teilnehmen können, wobei die Sozialämter das Unterhaltsgeld zahlen. Außerdem sollten nach Auffassung des IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel Beschäftigte einen Rechtsanspruch auf Qualifizierungen während der Arbeitszeit haben.

In puncto Leiharbeit ist die ins Gesetz geschriebene Verlängerung der Verleihfrist von bisher einem auf zukünftig zwei Jahre für den DGB nur dann akzeptabel, wenn spätestens vom dreizehnten Monat an der Tarif des entleihenden Betriebes angewandt wird, um Lohndumping zu vermeiden. (Die Löhne für Leiharbeit liegen durchschnittlich um ein Drittel unter denen vergleichbarer Tätigkeiten in normalen Unternehmen. Die SPERRE berichtete.) Nach einigem Hin und Her ist der Gesetzgeber auf diese Gewerkschaftslinie eingeschwenkt. (Die SPERRE wird übrigens in ihrer nächsten Ausgabe über persönliche Erfahrungen von Leiharbeitnehmern berichten.) Die von den Grünen geforderten Kombilöhne sind nach Meinung des DGB zu teuer, also ineffizient. Auch hier haben sich die Gewerkschaften durchgesetzt: Das Kombilohn-Modell wurde nicht ins *Job-AQTIV*-Gesetz aufgenommen.

Derzeit laufen zudem unter dem irreführend schönen Namen ‚MoZarT' bundesweit 28 Modellprojekte, in denen Arbeits- und Sozialämter vor Ort zusammenarbeiten. Nach einer Auswertung soll entschieden werden, ob Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt werden. Bundesarbeitsminister Riester ist sich schon sicher, daß es ab 2006 keine Arbeitslosenhilfe mehr geben wird. Es gibt sogar Überlegungen einer zweigeteilten Sozialhilfe: Für nicht erwerbsfähige Personen (Alte, Kranke, Behinderte) soll es eine Sozialhilfe ‚A' geben; für Erwerbsfähige jedoch, die - angeblich - nicht arbeiten wollen, eine niedrigere Sozialhilfe ‚B', die damit deutlich unter dem Existenzminimum läge, möglicherweise in Verbindung mit einer Arbeitspflicht.

Arbeitsminister Walter Riester will die Arbeitslosenhilfe abschaffen.

Das paßt alles sehr unschön ins Bild: Statt eine offensive Investitions- und Beschäftigungspolitik zu betreiben, kuriert man, wie immer, lieber an den Symptomen herum. Das *Job-AQTIV*-Gesetz wird nämlich - Aktivismus hin, Aktivismus her - keinen einzigen neuen Job schaffen. Kanzler Schröder hat ja inzwischen eingeräumt, daß er sein ohnehin zu kurz gestecktes Ziel, die Arbeitslosenzahl (die registrierte wohlgemerkt, nicht die tatsächliche!) in dieser Legislaturperiode auf 3,5 Millionen zu drücken, verfehlen wird. Die tatsächliche Arbeitsplatzlücke liegt in Deutschland irgendwo zwischen fünf und sechs Millionen. Tendenz steigend, wie die neuesten Beschäftigtenstatistiken offenbaren.

Solange die Regierung und das sogenannte ‚Bündnis für Arbeit' nicht endlich die strukturpolitische Schippe in die Hand nehmen (Stichworte ‚Überstunden', ‚Schattenwirtschaft', ‚Steuerflucht', um nur einige Beispiele zu nennen), wird für jeden Arbeitslosen, den man mit großem Ächzen vorne ins Beschäftigungssystem reinstopft, hinten einer rausfallen. Ist doch logisch. Aber da immerhin hält Kanzler Schröder Wort, versprach er doch unlängst den grünen Bundestagsabgeordneten, die nicht so gerne arbeitslos werden wollten: „Für mich zählt allein, was hinten rauskommt." Und beim Zählen von ´zig Millionen Arbeitslosen braucht man eben eine sehr ruhige Hand ...

Aber zum Glück sind da ja auch noch die 1,5 Millionen offenen Stellen. Zumindest einen Teil davon könnte man sicherlich mit Arbeitslosen besetzen, wenn man zuvor deren Qualifizierungschancen nachhaltig verbesserte. Deshalb schauen jetzt alle sehr gespannt auf das große ‚Q' im schönen Namen des Gesetzes, steht das doch - wie gesagt - für ‚Qualifizieren'. Und in die Eingliederungsvereinbarungen, die ja schließlich auch für das Arbeitsamt bindend sein sollen, könnten alle Arbeitslosen zukünftig ihren Fortbildungsanspruch hineinschreiben. Das wäre dann eine Qualifizierungsoffensive im wahrsten Sinne des Wortes! Doch wie sich das finanzieren ließe, darüber schweigen sich die Minister Riester und Eichel vielsagend aus. Und die Arbeitsberater vor Ort ziehen angesichts einer solchen auf sie zurollenden Offensive schon mal prophylaktisch die Köpfe ein. Wer sich beispielsweise im Arbeitsamt Münster umhört, erfährt, daß man dort heute schon beileibe nicht jeden Fortbildungswunsch der Arbeitslosen erfüllen kann. Was, wenn ab dem 1. Januar aus den ‚Wünschen' ‚Ansprüche' werden?...

Da innerhalb der Regierungskoalition Kritik an den Schwächen des *Job-AQTIV*-Gesetzes praktisch fehlt und die Opposition (bis auf die PDS) ohnehin nichts gegen einen forcierten Sozialabbau hat, zieht die Arbeitslosenzeitschrift ‚quer' das bedrückende Fazit: „Erwerbslose wie auch Arbeitnehmer müssen sich daran gewöhnen, letztlich ohne parlamentarisch bedeutsamen Bündnispartner dazustehen. Uns Erwerbslosen wird also nur Selbstorganisation helfen - und das Eingehen von Bündnissen mit engagierten und organisierten abhängig Beschäftigten." hdh,mic

aus: *quer* 2/2001

URTEILE

Schweigen gilt nicht als Zustimmung

Erklärt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer, er wolle - anders als im Arbeitsvertrag geregelt und lange praktiziert - Überstunden nicht mehr vergüten, der Arbeitnehmer solle sie stattdessen abfeiern, dann gilt die wortlose Kenntnisnahme durch den Arbeitnehmer nicht als Zustimmung zu dieser Arbeitsvertragsänderung.

BAG, 9 AZR 307/00 vom 18.9.01

Schlagzeuger muß Regenmacher spielen

Ein Regenmacher ist als Instrument in einem Kulturorchester dem Schlagzeuger zugeordnet. Dieser hat daher keinen Anspruch auf Zusatzvergütung, wenn er in einem Musikstück den Regenmacher spielen soll.

BAG, 6 AZR 577/00 vom 27.9.01

Zinseinkünfte sind laufendes Einkommen

Während des Bezuges von Arbeitslosenhilfe erzielte Zinseinnahmen sind in der Bedürftigkeitsprüfung nicht als einmalige Zahlung, sondern als laufendes Einkommen für die kommenden 12 Monate anzurechnen.

BSG, B 11 AL 15/01R vom 9.8.01

Erreichbarkeit bei Umzug

Bei einem Umzug in eine andere, nicht direkt benachbarte Gemeinde ist ein Arbeitsloser nicht mehr für das Arbeitsamt erreichbar, wenn er es versäumt hat, dem Arbeitsamt seine neue Adresse anzugeben. Da hilft auch ein Nachsendeantrag nicht. Damit entfällt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung ab dem Umzug bis zur neuen Meldung im Arbeitsamt.

BSG, B 11 AL 17/01R vom 9.8.01

Unfall auf dem Rückweg vom Arbeitsamt

Wer zum Arbeitsamt fährt, um einer Meldeaufforderung nachzukommen, ist unterwegs über das Arbeitsamt unfallversichert. Auch eine Einladung des Arbeitsamtes mit den Worten, „den Antrag möglichst persönlich abzugeben", ist als Aufforderung des Arbeitsamtes zu einer Meldung zu verstehen und verschafft Unfallversicherungsschutz.

BSG, B 2 5/01R vom 11.9.01

Krankenversicherungsbeiträge für betriebliche Zusatzrente

Eine Zusatzrente aus einer betrieblichen Altersversorgung ist beitragspflichtig zur Krankenversicherung.

BSG, B 12 KR 4/00R vom 11.10.01

Pflicht zum Rentenantrag bei Alhi-Bezug

Ist ein Arbeitslosenhilfebezieher so alt, daß er die Regelaltersrente ohne Abschlag beantragen kann, dann ist er dazu auch verpflichtet. Liegt die Altersrente aber unterhalb der Arbeitslosenhilfe, so kann er weiter Arbeitslosenhilfe beziehen, bis er 65 Jahre alt ist. Wer in diesem Fall dennoch Rente beantragt und den Rentenantrag nicht zurückzieht oder anficht, muß das Ruhen der Arbeitslosenhilfe akzeptieren.

BSG, B 11 AL 87/00R vom 20.9.01

Beim Unfall zerstörte Brille

Geht beim Unfall die Brille zu Bruch, dann darf sich die gesetzliche Unfallversicherung nicht darauf beschränken, nur die Festbeträge der Krankenkassen für Brillen zu ersetzen. Vielmehr ist eine sinnvolle Sehhilfe in dem Umfang zu bezahlen, wie sie kein Luxusgegenstand ist.

BSG, B 238/00R vom 11.9.01

Kein Übertrag des Urlaubs in das Folgejahr

Arbeitslose haben nicht das Recht, nicht genommenen Urlaub aus dem Vorjahr zu übertragen, sodaß ein reisewilliger Arbeitsloser auch dann nicht vom Arbeitsamt verlangen kann, ihn für mehr als drei Wochen zu beurlauben, wenn er im vergangenen Jahr auf Urlaub verzichtet hatte.

SG Koblenz, S 1 AL 189/00

ANWALTTIP

Von Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhler

Arbeitslosigkeit und Nachsendeantrag

Max wird arbeitslos, meldet dies dem Arbeitsamt und erhält Arbeitslosengeld. Dann zieht er am 3. Februar um. Damit ihn seine Post weiter erreicht, stellt er einen Nachsendeantrag. Seine neue Anschrift teilt er dem Arbeitsamt aber nicht mit. Max meint: Da er seine Post weiterhin über dasselbe Postzentrum erhalte, könne eine Verzögerung bei der Post nicht eintreten. Außerdem stehe ja zur Sicherheit noch sein Name am Briefkasten der alten Wohngemeinschaft, und seine Ex-Kommunarden würden ihn schon anrufen, wenn es Wichtiges gibt.

Dann gibt es in der Tat Wichtiges und gleich Ärger mit dem Arbeitsamt. Der Ärger beginnt, als das Arbeitsamt Max einen Monat später, am 2. März, einen Brief an seine alte Anschrift schickt. Der Brief kommt zurück. Max informiert das Arbeitsamt über seine neue Anschrift am 3. März. Daraufhin hebt das Arbeitsamt seinen Bewilligungsbescheid über Arbeitslosengeld rückwirkend zum 3. Februar auf und fordert 1.500 Mark zurück. Max klagt - erfolglos.

Das Bundessozialgericht (BSG) entschied am 9. 8.2001 (Az: B 11 AL 17/01 R), daß das Arbeitsamt aufgrund einer Veränderung der Verhältnisse seit dem Erlaß des Bewilligungsbescheides zur Rückforderung berechtigt sei. Seit der unterlassenen Mitteilung über den Umzug sei Max nämlich nicht mehr arbeitslos. Arbeitslos sei nur, wer eine Beschäftigung suche. Eine Beschäftigung suche aber nur der, der für das Arbeitsamt erreichbar sei und damit für Vermittlungsbemühungen zur Verfügung stehe. Daran fehle es seit dem 3.Februar. Es reiche auch nicht, daß Max einen Nachsendeantrag gestellt habe, selbst wenn ihn damit seine Post ohne zeitliche Verzögerung erreiche. Denn Erreichbarkeit sei nur gegeben, wenn dem Arbeitsamt die aktuelle Adresse auch bekannt sei. Es reiche deshalb nicht, wenn durch den Nachsendeantrag die Post an ihn weitergeleitet werde. Die Erreichbarkeit dürfe nicht von „Zufälligkeiten der Postzustellung" abhängen. Max hätte also seine neue Anschrift dem Arbeitsamt sofort mitteilen müssen.

Das BSG hat mit dieser Entscheidung Zweifelsfragen, ob § 1 der Erreichbarkeitsanordnung der gesetzlichen Ermächtigung des § 119 Abs. 3 SGB III entspreche, im Anschluß an eine Entscheidung vom 20. Juni 2001 (AZ.: B 11 AL 10/01 R) ausgeräumt. Es sei nicht zu beanstanden, daß der Arbeitslose für das Arbeitsamt an jedem Werktag persönlich erreichbar sein müsse.

Das BSG hat sich dabei sogar als etwas päpstlicher als der Papst erwiesen. Eine Anweisung der Bundesanstalt für Arbeit besagte bislang, daß ein Nachsendeauftrag innerhalb derselben Gemeinde wohl noch nicht an der Erreichbarbeit zweifeln lasse. Diese Anweisung dürfte damit der Vergangenheit angehören.

KAI Kinderhauser Arbeitslosen Initiative e.V.

Beratung und Begleitung von Arbeitslosen und ihren Angehörigen

Ansprechpartnerin: Angela Vrbanec

dienstags 8.30 bis 12 Uhr
mittwochs 14.30 bis 17 Uhr
donnerstags 9.30 bis 11.30 Uhr
und nach Vereinbarung
☎ 26 36 89
Fax 26 52 96 07
Josef-Beckmann-Str. 5
48 159 Münster

KAI e.V. ist eine gemeinnützige Initiative in der Kirchengemeinde St. Josef Kinderhaus, die eng mit anderen Einrichtungen im Stadtteil und im Stadtbezirk zusammenarbeitet.

Süddeutsche Zeitung
Täglich!
Wirkt ungemein belebend.

Alleinerziehende sind keine Singles!!

Die Bundesregierung will Familien auf Kosten von Alleinerziehenden entlasten!

von Sigrid Femi

Die Bundesregierung hat das zweite Gesetz zur Familienförderung verabschiedet, welches ab 2002 in Kraft tritt.

Was beinhaltet dieses Gesetz?

- Das Kindergeld soll um 30 DM erhöht werden.
- Der Kinderfreibetrag wird auf 11.360 DM erhöht.
- Nachgewiesene Kinderbetreuungskosten können bis 3.028 DM abgesetzt werden, wenn sie monatlich 252 DM übersteigen.
- Der Haushaltsfreibetrag soll „sozial verträglich " abgeschmolzen werden.

Diese Maßnahmen sollen Familien entlasten. Auf Ein-Eltern-Familien trifft das nicht zu. Sie zahlen ab 2002 definitiv mehr Steuern. Alleinerziehende hatten bisher die Steuerklasse II und damit einen Haushaltsfreibetrag. Dieser soll nun abgeschafft werden. Alleinerziehende, die im Jahre 2001 die Steuerklasse II haben, können den Haushaltsfreibetrag noch stufenweise nutzen, bis er 2005 ganz wegfällt. Alle diejenigen, die erst in 2002 alleinerziehend werden, kommen sofort in die Steuerklasse I. Sie werden dann wie Singles besteuert. Je nach Steuersatz können das erhebliche finanzielle Einbußen sein. Diese werden durch 30 DM mehr Kindergeld nicht aufgefangen. Die Erhöhung des Kinderfreibetrages kommt nur den besserverdienenden Familien zugute. Bei Spitzenverdienern kann die Steuerersparnis bis zu 600 DM betragen. Bei denjenigen, die eh' schon am Existenzminimum leben, wird noch einmal gekürzt.

Dieses Gesetz entlastet nur die besserverdienenden Familien!

Familien, die von der Sozialhilfe leben, darunter ein Drittel aller Alleinerziehenden, haben von der Kindergelderhöhung nichts! Laut Armutsbericht der Bundesregierung gehören Alleinerziehende zu den einkommensschwächsten Gruppen. Wenn die Bundesregierung Familien wirklich entlasten will, sollte sie es bei alleinerziehenden Familien tun, anstatt sie künftig noch mehr zur Kasse zu bitten, indem sie steuerlich wie Singles behandelt werden.

Alleinerziehende sind Familien und keine Singles!

In Münster ist jede fünfte Familie alleinerziehend. Der ‚Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)' will diese Ungerechtigkeit nicht hinnehmen und ruft zu einer bundesweiten Protestaktion auf. Tausende von Postkarten sollen an das Bundesfinanzministerium geschickt werden.

Wer sich an der Aktion beteiligen will, kann im Büro des

VAMV Münster
Tel.: 0251-277 133

weitere Informationen einholen.

Neue Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag
10 - 13 Uhr
14 - 18 Uhr
LILALEEZE
Frauenfahrradladen
Dortmunderstr. 11 Tel: 66 57 61

Karin Piene
Rechtsanwältin
Tätigkeitsschwerpunkte
- Mietrecht
- Familienrecht
- Sozialhilferecht
Achtermannstr. 10-12 • 48143 Münster • Fon 0251-518595 • Fax 0251-40729

Globalisierung gerecht gestalten!

Am 10. November protestierten weltweit tausende von Menschen gegen die vom 9. bis 11. November in Katar stattfindende WTO-Tagung. Weil Demonstrationen dort nicht möglich waren, gab es überall den ‚Global-Action-Day'.

In Münster führten die ATTAC-Regionalgruppe und die Friedensinitiativen zunächst dezentrale Aktionen in der Innenstadt durch. Auf der anschließenden Kundgebung sprachen vor jeweils etwa 300 Zuhörenden Peter Schönhöffer von ATTAC, Otto Meyer vom Friedensforum und eine Globalisierungsgegnerin aus Chile. Abgeschlossen wurde der Aktionstag musikalisch von der Gruppe ‚Fake'. tie

Oben: Das Logo von ATTAC, der Vereinigung zur Besteuerung der Finanzmärkte.

Links: Peter Schönhöffer von ATTAC spricht auf der Kundgebung.

Fotos: Tieck

Der ‚Koordinationskreis Münsteraner Friedensgruppen' und die ‚ATTAC-Regionalgruppe Münster' engagieren sich gegen den Abbau sozialer Sicherungssysteme, gegen den Abbau von Gesundheitsversorgungsleistungen, gegen die Kommerzialisierung des Bildungswesens und für gesunde Lebensmittel.

Foto: Attermeyer

Die Teilnehmer des *phönix*-Inkubators starten in die Selbständigkeit. Zwölf Wochen trainierten sie den ‚Ernstfall': von Akquise über Marketing bis hin zum Thema Steuern wurden alle wichtigen Punkte erarbeitet, die für die Gründung des eigenen Unternehmens Voraussetzung sind. Am Ende stand schließlich der eigene Geschäftsplan und eine weitere Erkenntnis:

Jetzt geht's los!

Geschichten von Balko Klatmor.

Arbeiten ist schön.

Das Arbeitsamt verhalf Balko Klatmor (*) zu einer Stelle als Malerhelfer in einer Lackiererei. „Es waren drei Monate durch die Hölle", sinnierte Balko, dessen Aufgabe, Ölwannen zu reinigen, ihm zugleich einen tiefen Einblick in einen dunklen Ausschnitt des industriellen Zeitalters gewährte.

Wohlan, Bruttosozialprodukt gesteigert und nicht auf der faulen Haut in gesunder Sonne gelegen! Als erstes galt es, die alten Ölwannen mit Verdünnung zu reinigen. Damit die Schnüffelstoffe nicht das Gehirn angreifen, gab's Gasmasken. Schade eigentlich, schließlich führen Benzole doch zu einer angenehmen Betäubung. Aber da nach einer Woche die Filter in der Gasmaske hinüber waren, und da erst alle zwei Wochen neue Filter bestellt wurden, kam Balko Klatmor doch zu seiner Dröhnung: „Ich war eine Woche normal und eine Woche benebelt." Die Benebelung reichte aber nicht aus, um nicht zu bemerken, wie leckere und daher verbotene Bleimennige auf Stahlträger gespritzt wurde. Gelagert wurde diese und andere, hochgiftige und teilweise über dem Haltbarkeitsdatum existierende Farben in einem Umweltcontainer, unabgeschlossen, auf dem Betriebsgelände zwar, aber umgeben von einem löchrigen Zaun. Denn: Gifte, hübsch mit einem Umweltcontainer getarnt, sind für uns alle da!

Doch Balko widerstand der Versuchung; gab es doch alternativ dazu eine erfreulich selten eingesetzte Absauganlage in der Betriebshalle, die, sofern sie angestellt wurde, wegen ihrer zu geringen Dimensionierung fast nichts bewirkte. „Angeschaltet wurde das Ding außerdem erst, wenn man fast nicht mehr atmen konnte." Logisch – wer macht denn schon auf einer Party das Fenster auf??

Das Ordnungsamt kündete seine Besuche vorher an. Zur Feier des Tages wurde dann jene Absauganlage eingeschaltet, alle Arbeiter trugen Gasmasken, und das, obwohl ein Kollege Balko Klatmor anderntags fragte, warum er seine Gasmaske trüge, schließlich „gewöhnt man sich doch daran." Die Wochenenden verbrachte Balko damit, sich den aus den Poren dringenden Lack erfreut und erneut zu Gemüte zu führen. sr

(*) Name von der Redaktion geändert. Firmenname und Zeitraum sind der Redaktion bekannt.

„Wir brauchen eine Kehrtwende in der Entwicklungspolitik!“

Zur Anti-Terror-Politik und zum Krieg gegen Afghanistan (der uns von den meisten Medien wahrheitswidrig als Krieg gegen den Terror verkauft wird) erreichte uns folgender Gastbeitrag der Vorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth.

Foto: Weist

Bündnis 90/Die Grünen befinden sich durch die Terroranschläge in den USA und das hierdurch ausgelöste Bombardement in einem Spagat, dem wir uns stellen. Einerseits unterstützen wir die notwendige Bekämpfung von Usama Bin Laden und des Al-Quaida-Netzwerkes, da diese Form des Terrorismus eine neue gravierende Bedrohung für unsere offenen Gesellschaften darstellt. Andererseits beurteilen wir die Bilanz der militärischen und politischen Strategie der Bombardements, soweit wir sie ziehen können, als äußerst kritisch. Ein klares politisches Konzept, in das die militärischen Angriffe eingebettet wären, ist kaum erkennbar. Während die militärischen Aktionen eindeutig völkerrechtlich legitimiert sind, lehnen wir den Einsatz beispielsweise der Streubomben ab. Durch die Luftangriffe ist die humanitäre Situation, die schon vorher katastrophal war, weiter verschlechtert worden. Und auch die Sorge, daß es durch die Eskalation zu einem „Kampf der Kulturen” kommen könnte, ist nach wie vor akut. Wenn die Staatsoberhäupter zahlreicher islamischer Länder, die mit ihrer Beteiligung an dieser Koalition erheblich größere Risiken eingehen als wir, eine Aussetzung der Luftangriffe im Ramadan verlangen, dann wäre es richtig gewesen, durch Respektierung dieser Forderung ein sichtbares politisches Zeichen zu setzen. Eine Aussetzung der Bombenangriffe im Ramadan hätte auch dazu beigetragen, die humanitäre Situation zu erleichtern.

Angesichts einer solchen Zwischenbilanz sind wir davon überzeugt, daß gerade jetzt neben der Kritik am US-geführten Vorgehen auch massive politische Einflußnahme erforderlich ist, um dringend notwendige Veränderungen zu erreichen. Es ist deshalb notwendig und richtig, daß vor allem Außenminister Joschka Fischer im Sinne der grünen Grundsätze seine Bemühungen fortsetzt, sei es im Nahen Osten, sei es zugunsten humanitärer Lösungen für die afghanische Zivilbevölkerung, sei es zugunsten einer tragfähigen Friedenslösung in der Nach-Taliban-Zeit. Dieses wird selbst von Kritikern am Kurs der US-Regierung so geteilt.

Daß wir in dieser Situation über den Antrag der Bundesregierung vom 7. November zu entscheiden hatten, hieß und heißt für unsere Partei, daß eine gewissenhafte und vom Gewissen gebundene Entscheidung zu unterschiedlichen Resultaten führen kann. Wir haben deshalb das im Auftrag der Bundesregierung angestrebte Mandat zur Beteiligung deutscher Soldaten sowohl mit Blick auf die Einsatzdauer als auch im Hinblick auf Einsatzgebiet und Einsatzaufgaben kritisiert und klargemacht, daß es ohne Veränderungen beziehungsweise Klarstellungen für uns nicht akzeptabel war. Davon, wie weit diesen Forderungen entgegengekommen wurde, hing es ab, ob die Grünen zustimmen oder ablehnen. Auf jeden Fall ist so eine Frage eine Gewissensfrage. Deshalb werden alle respektiert, egal zu welcher Entscheidung sie gelangten.

Einigkeit besteht jedoch darin, daß neben den aktuellen Frage die vor uns liegenden Aufgaben umfassender sind. So ist beispielsweise die Stärkung der internationalen Organisationen unabdingbar. Den Vereinten Nationen kommt sowohl für die Beurteilung des Verlaufes der militärischen Operationen nach Artikel 51 wie für die Zeit danach eine große Bedeutung zu. Auch die Hilfe für den Wiederaufbau Afghanistans in der Nach-Taliban-Zeit muß bereits jetzt vorbereitet werden. Darüber hinaus haben wir die Bundesregierung dazu aufgefordert, zusammen mit den europäischen Partnern nachdrücklich für die Ratifizierung des Internationalen Strafgerichtshofes auch durch die USA einzutreten. Mittel- und langfristig brauchen wir eine massive Kehrtwende in der Entwicklungspolitik. Insbesondere die bessere Finanzierung der Ernährungssicherheit in den armen ländlichen Räumen in Zusammenarbeit mit der FAO ist möglich und sinnvoll. Hierzu werden wir eine Initiative starten.

Die Hurenverbände hatten weitreichendere Änderungen erwartet

PROSTITUTION NICHT MEHR SITTENWIDRIG

Das ‚Gesetz zur rechtlichen und sozialen Situation der Prostituierten' wurde am 19. Oktober im Bundestag verabschiedet. Nach Inkrafttreten am 1. Januar 2002 können Huren, Stricher und Call-Girls rechtswirksame Vereinbarungen über sexuelle Dienstleistungen treffen. Der Tatbestand der Sittenwidrigkeit nach § 138 BGB und die damit verbundene Doppelmoral wird endlich aufgehoben. Denn täglich nehmen mehr als eine Million Männer sexuelle Dienste ganz selbstverständlich in Anspruch. Doch die Frauen, die diese Dienste erbringen, werden diskriminiert, kriminalisiert und stigmatisiert. Und der Staat, der von den Prostituierten Steuern aus gewerbsmäßiger Unzucht (Jahresumsatz etwa 12,5 Milliarden Mark) kassiert, verwehrt ihnen das Recht auf Vereinbarungen sowie auf soziale Rechte, die allen anderen Erwerbstätigen zustehen. So hat der Bundesgerichtshof noch 1987 entschieden: „Wer Prostituierte um den vereinbarten Lohn prellt, begeht keinen Betrug."

Wenn Prostitution, die von erwachsenen Frauen und Männern freiwillig ausgeübt wird, nicht mehr als sittenwidrig angesehen wird, hat das weitreichende Folgen. Damit sind Vereinbarungen über sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt mit dem Kunden rechtswirksam. Bei Nichtzahlung können die Prostituierten ihren Lohn einklagen. Auch der Zugang zur gesetzlichen Sozialversicherung wird für sie geöffnet: Sie können sich in die Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung aufnehmen lassen. Ein Ausstieg aus dem Gewerbe ist sehr viel leichter durch öffentlich geförderte Umschulungsmaßnahmen möglich.

Durch die Änderungen in § 180a und § 181a StGB machen sich auch die BordellbetreiberInnen nicht mehr automatisch verdächtig oder strafbar. Doch das professionelle Management der Rotlicht-Etablissements wird weiterhin kriminalisiert.

Viele Hurenverbände begrüßen das Gesetz in seiner jetzigen Form als einen „ersten Schritt in einer Reihe von weiteren Maßnahmen auf dem Weg zur Normalität" für Prostituierte. Sie hatten aufgrund der entsprechenden Koalitionsvereinbarung 1998 bereits früher damit gerechnet und auch weitreichendere Veränderungen erwartet. Daß BordellbesitzerInnen auch weiterhin kriminalisiert werden, ist für sie ein Widerspruch. Ganz entscheidend für eine Verbesserung wäre aus ihrer Sicht die Aufhebung der Sperrgebietsverordnung gewesen, die die Kommunen und Länder erlassen. Eine solch weitreichende Änderung würde aber die Zustimmung des Bundesrates erfordern, der das ganze Vorhaben dann auch wieder zu Fall bringen könnte.

Friederike Strack von der Berliner Selbsthilfeorganisation ‚Hydra' meint dazu, daß die Frauen keineswegs begeistert seien von der Gesetzesvorlage der Koalition. Denn von arbeitsrechtlicher Gleichstellung, so wie ‚Hydra' sie schon lange fordert, finde sich dort keine Spur. Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Urlaubsgeld – all das gelte auch in Zukunft nicht für Huren. Ausländischen Frauen ist mit diesem Gesetz überhaupt nicht geholfen: Die Situation der mehrheitlich illegalen ausländischen Prostituierten wird nicht einmal angesprochen.

Anne Neugebauer

Bei *phönix* tut sich was.

„Ich möchte, daß ein Kochbuch duftet!“

Was eine Praxis ist, wissen wir praktisch alle. Mehr oder weniger genau jedenfalls. Bisher verstanden wir darunter meist einen Ort, den wir, wenn überhaupt, eher zögerlich aufsuchten. Man denke nur an die Anwaltspraxis oder - noch viel, viel schlimmer - die Zahnarztpraxis. Vergessen Sie getrost alles, was Ihnen bisher, wenn das ominöse Wörtchen fiel, dunkel schwante. Denn in Münster gibt es jetzt eine Praxis, die man nicht nur angstfrei, sondern sogar richtig gerne aufsucht: die Designpraxis nämlich, mit der sich die diplomierte Grafikdesignerin Hilai Nizam vor gut einem Jahr am Hafenweg 15 selbständig gemacht hat. Die Adresse kommt Ihnen bekannt vor? Kein Wunder. Ist dort doch das Gründungsnetzwerk *phönix*, über das die SPERRE bereits mehrfach berichtete, zuhause ...

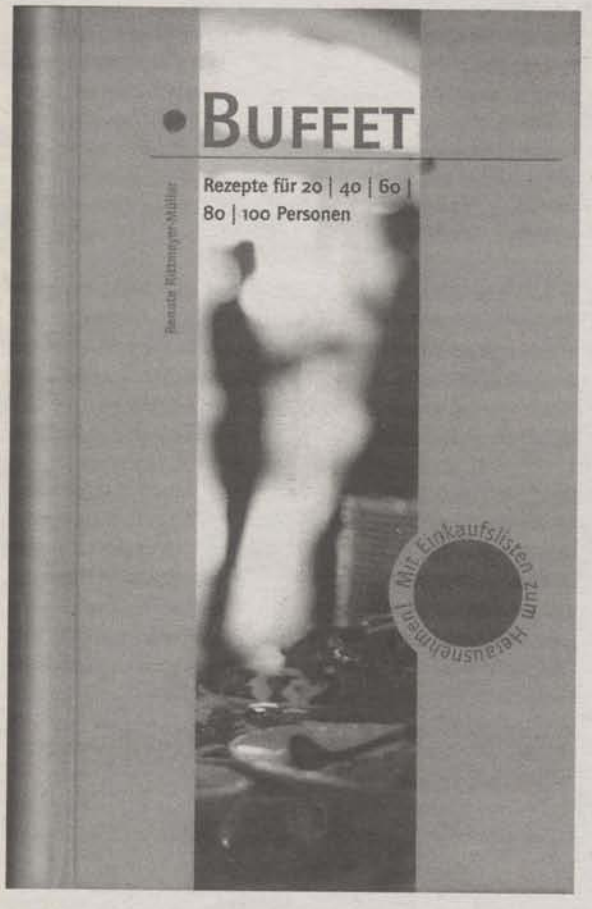
Diplom-Grafikdesignerin Hilai Nizam weiß: „Bei ihrer Außendarstellung achten die Firmen sehr darauf, daß alles in einer Hand liegt.“ Foto: Weist

Kaum habe ich den hellen, funktional eingerichteten Raum betreten, bugsiert mich Hilai Nizam auf einen bemerkenswert geformten Stuhl. Zu meiner Überraschung ist der viel bequemer als er aussieht. Endlich sitze ich mal gerade! Mit einem Lächeln registriert Hilai Nizam meine wortlose Verwunderung. Aufmerksam weiter in die Stille hineinlächelnd, erwartet sie meine erste Frage. Die ist mir leider aus irgendeinem Grund entfallen. Ausgerechnet jetzt! Keine Sekunde zu früh fällt mein unsteter Blick auf zwei schöne Bücher, die orange und rot aus dem tiefen Schwarz der Tischplatte hervorleuchten. Nizam folgt meinem Blick, nimmt einen der Bände liebevoll zur Hand und antwortet auf die Frage, die ich noch immer nicht gestellt habe: „Das sind zwei Kochbücher, die ich im Auftrag des münsterschen Hölker-Verlages gestaltet habe.“ Das kleinere rote heißt ‚DIM-SUN‘ und führt uns, man ahnt es prompt, ins geheimnisumwitterte Reich der chinesischen Küche. Und daß das zweite, ‚BUFFET‘, voller mediterraner Rezepte steckt, verrät schon der Einband aus purem Sonnenschein. Beide machen, allein von ihrem Design her, Appetit: auf's Lesen, auf's Kochen, auf's Essen. „Ich finde eben, ein Kochbuch muß duften“, bringt Designerin Hilai Nizam ihren eigenen Qualitätsanspruch an das, was sie produziert, auf den Punkt.

Kein Wunder also, daß mir das Wasser im Mund zusammenläuft. Schweren Herzens verschiebe ich leckere Phantasien namens ‚Wan-Tan‘ oder ‚Ananas-Carpaccio‘ auf irgendwann und konzentriere mich stattdessen so gut es geht auf das tägliche Brot der frischgebackenen Design-Unternehmerin. „Am liebsten gestalte ich Logos“, erzählt Hilai Nizam und blättert mit ruhiger Hand eine respektable Präsentationsmappe auf. Nach und nach kommen, während sie mit unverstellter Begeisterung weiterspricht, ihre bisher realisierten Entwürfe zum Vorschein: „Im Zeitalter von ‚Corporate Design‘ und ‚Corporate Identity‘ legen die Unternehmen immer mehr Wert darauf, daß ihre gesamte Außendarstellung aus einer Hand kommt.“ In der Hand von Hilai Nizam, das begreift selbst ein sonst eher textfixierter Redakteur, liegt sie gut, die Außendarstellung. „Deshalb“, setzt Nizam ihren Gedankengang fort, „bleibt es meist nicht bei einem vereinzelten Logo-Auftrag.“ Die Palette der Firmenwünsche reiche vom Entwurf des Geschäftspapiers und der Visitenkarten über die Gestaltung von Notizblöcken, Auftragserfassungsbögen oder Tischkalendern bis hin zur Verwirklichung der Internetpräsenz des Unternehmens. Websites realisiert Nizam gemeinsam mit einem jungen Studenten: Sie übernimmt den gestalterischen, er den programmiertechnischen Part.

Freiberufliche Auftragsarbeiten während des Studiums - das waren auch für Nizam selbst die ersten Schritte in eine selbständige berufliche Existenz. Seit 1986 lebt sie in Deutschland. 1993 begann sie hier in Münster ihr Studium im Diplom-Studiengang ‚Grafik-Design‘. „Ich war

gerade mal im vierten Semester", erinnert sie sich, „da hatte ich meinen allerersten Auftrag in der Tasche." Damals jobte sie in einem münsterschen Geschäft für Zeichenbedarf. Wie es der Zufall manchmal so will, fragte dort eines Tages der Chef einer Sendener Maschinenbaufirma an, ob jemand gut zeichnen könne. Alle Blicke richteten sich auf Hilai. „Das war für mich schon ein Sprung ins kalte Wasser", blickt Nizam zurück. Denn was sich der kreative Anlagenbauer aus dem Münsterland vorstellte, war nicht irgendein Prospekt, sondern einer, in dem so exotische Maschinen wie Umformpressen, Schälspaltmaschinen oder Walzenbrecher als Illustrationen und nicht - wie sonst üblich - als Fotos oder technische Zeichnungen dargestellt werden sollten. „Da habe ich dann also munter drauflos aquarelliert", lacht Hilai Nizam. Das Ergebnis kann sich wirklich sehen lassen. Und daß die damaligen Auftraggeber inzwischen zu ihren besten Freunden gehören, ist noch ein guter Grund für sie, sich zu freuen.



Heute stehen im Leistungskatalog ihrer Designpraxis unter anderem die Entwicklung des Erscheinungsbildes für Unternehmen und Institutionen, der Entwurf und die Konzeption von Büchern, die Gesamtgestaltung von Broschüren und - wie gesagt - die Konzeption sowie die technische Umsetzung von Internetpräsenzen. Ihren gestalterischen Ansatz beschreibt sie im Firmenprospekt so: „Gestaltungslösungen der Designpraxis sind das Bekenntnis, den individuellen visuellen Auftritt in jeder Hinsicht zu optimieren. Das Bestehende in Frage zu stellen und mit neuen Lösungen zu beantworten." Dächten doch mehr Menschen so ...

Für Hilai Nizam, das wundert mich nicht wirklich, hat der Arbeitstag meist mehr als acht Stunden. „Ich investiere eben eine Menge Zeit in unbezahlte und eigentlich auch unbezahlbare Arbeit", sagt sie. Natürlich sei Geldverdienen wichtig. Mindestens genauso wichtig sei es für sie aber, Produkte abzuliefern, die ihren eigenen ästhetischen Ansprüchen gerecht würden.

Dabei macht die eigentliche gestalterische Arbeit nur knapp zwei Drittel ihrer Arbeitszeit aus. Der Rest geht für auftragsspezifische Recherchen („Ich lerne bei jedem Auftrag unheimlich viel!"), Verwaltungsarbeiten und - vor allem - für die Kundenakquise drauf. Inzwischen könne sie sich zwar darauf verlassen, daß immer mehr Auftraggeber über Empfehlungen zufriedener Kunden auf sie zukämen. „Doch um mich und mein Konzept am Markt zu präsentieren, besuche ich natürlich auch die entsprechenden Fachmessen, vor kurzem erst die Frankfurter Buchmesse", schildert Nizam einen lebenswichtigen Aspekt ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Zudem steht die Akquise von Großkunden ganz oben auf ihrer täglichen Checkliste, Interessenverbände oder Krankenhäuser zum Beispiel. Im Moment nimmt sie gerade an einem Ausschreibungswettbewerb der Universität Münster teil: Es geht um den Entwurf von Piktogrammen für ein Lernprogramm der Psychologischen Fakultät. Hilai Nizam ist zuversichtlich. Und ihr rühriges Engagement trägt Früchte: „Bis Februar 2002 bin ich praktisch ausgebucht", freut sie sich. Da ist es also mehr als bloß Zukunftsmusik, wenn sie davon spricht, mittelfristig eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter ins Boot zu holen.

Jetzt, wo die Zeit für unser Gespräch fast rum ist, fällt mir endlich auch wieder ein, was ich Hilai Nizam ganz am Anfang hatte fragen wollen: „Was bedeutet eigentlich ‚Hilai'?", frage ich also, während ich mich erfrischend mühelos von dem bemerkenswert geformten Stuhl erhebe. „Hoffnung", antwortet sie leise. Bingo! Mit ihrer Designpraxis hat Hilai Nizam wirklich allen Grund, voller Hoffnung in ihre berufliche Zukunft zu blicken. mic

Postskriptum
Hilai Nizam wird in den nächsten Monaten alle Hände voll zu tun haben. Mindestens. Die Ausschreibung der Universität Münster hat sie nämlich inzwischen für sich entschieden. Es gibt da übrigens einen Redakteur, der hat nicht eine Sekunde daran gezweifelt ...

designpraxis

Hafenweg 15
48155 Münster
Fon: 0251.6 09 59 57
Fax: 0251.6 09 59 45
email@designpraxis-nizam.de

Dipl. Designerin Hilai Nizam

Das Neueste aus dem Sozialamt

„Wir wollen die Sozialhilfe modernisieren.“

Das münstersche Sozialamt ist Mitte November in sein angestammtes Domizil, das Stadthaus II am Ludgerikreisel, zurückgekehrt. Doch es gibt noch einiges mehr zu berichten: Im Sozialamt wurde und wird so allerhand um-, re- oder sogar neuorganisiert. Grund genug für die SPERRE, ein kurzes, aber bündiges Gespräch mit Amtsleiter Michael Willamowski zu führen.

Das Gespräch mit Michael Willamowski führte Michael Weist.

Das Sozialamt: neue (alte) Fassade, neues Kundenzentrum. Neue Perspektiven? Fotos: Weist

SPERRE: Neulich tickerte durch unser Redaktions-Fax die städtische Pressemitteilung, daß das Sozialamt seine Öffnungszeiten verdreifacht hat. Können Sie zaubern?

Willamowski: Leider noch nicht. Vielleicht, wenn ich mir demnächst Harry Potter im Kino angeschaut habe. Nein, im Ernst: Die Verdreifachung hat schlicht und ergreifend mit unserem neuen Kundenzentrum zu tun. Das ist nämlich montags, dienstags und mittwochs von acht bis sechzehn Uhr, donnerstags von acht bis achtzehn Uhr und freitags von acht bis zwölf Uhr für unsere Besucher geöffnet. Insgesamt sind das immerhin 38 Stunden, also etwa dreimal soviel wie früher.

SPERRE: Kann das Kundenzentrum die Ratsuchenden denn genauso umfassend beraten und informieren wie die Sachbearbeiterin oder der Sachbearbeiter?

Willamowski: Nein. Aber das ist auch nicht der Sinn der Sache. Es geht in erster Linie um eine ergebnisorientierte Entzerrung des Beratungsgeschehens. Und es geht darum, eine offene und möglichst oft ansprechbare Anlaufstelle zu installieren, die allgemeine Auskünfte erteilt, kleinere Sachbearbeitungsaufgaben wie beispielsweise die Vergabe vonBehandlungsscheinen wahrnimmt oder bei Bedarf eingehendere Beratungsgespräche mit der Sachbearbeitung terminiert. Nebenbei bemerkt: Ich finde, daß sich sich unser Grundgedanke einer offenen Anlaufstelle sehr schön in der äußeren und inneren Gestaltung unseres neuen Kundenzentrums widerspiegelt. Außerdem haben wir im Kundenzentrum drei neue Stellen geschaffen. Eine davon teilen sich sechs Berufsrückkehrerinnen.

SPERRE: Schön und gut. Aber trotzdem kann es ja durchaus sein, daß die Leute den Weg zum Sozialamt jetzt zweimal machen müssen, nämlich erst ins Kundenzentrum und irgendwann später mit demselben Problem nochmal zum Sachbearbeiter ...

Willamowski: Das kam auch früher durchaus öfter vor. Nämlich immer dann, wenn Ratsuchende ohne Anmeldung mit Problemen, die sich nicht mal eben im Handumdrehen klären ließen, in der Sachbearbeitung vorsprachen. Da war dann schon hin und wieder Frust angesagt, auf beiden Seiten des Schreibtisches. Unser Kundenzentrum trägt jetzt dazu bei, daß solche Unzufriedenheiten gar nicht erst hochkommen. Es funktioniert quasi wie ein Relais zwischen Ratsuchendem und Sachbearbeitung. So können sich beide Seiten auf den vereinbarten Gesprächstermin punktgenau vorbereiten, und das ist für einen effizienten Gesprächsverlauf, an dessen Ende ja ein gutes Ergebnis stehen soll, zweifellos sehr wichtig.

SPERRE: In letzter Zeit ist viel von den sogenannten ‚Sozialagenturen‘ die Rede. Was hat es denn damit auf sich?

Willamowski: Alles, was wir bis jetzt besprochen haben, ist ja eingebettet in das vom Rat der Stadt Münster im vergangenen Frühjahr auf den Weg gebrachte und mit zwei Millionen Mark für Personal- und Qualifizierungskosten geförderte Projekt ‚Modernisierung der Sozialhilfe‘ ...

SPERRE: Klingt gut ...

Willamowski: ... Ist es auch! Und in dieses Modernisierungskonzept gehören die zunächst als Modellprojekt ins Leben gerufenen Sozialagenturen, mit denen wir ab dem nächsten Jahr

unseren Service erweitern werden. Aber ‚Erweitern' ist eigentlich nicht das richtige Wort. Was wir mit den Sozialagenturen im Sinn haben, ist nämlich nichts Geringeres als die Implementierung eines ganz neuen Denkansatzes in die bestehenden Mechanismen der Sozialhilfe: weg vom ausschließlich ‚hoheitlichen' Denken in Verwaltungsakten, hin zu einem mehr die Vertragspartnerschaft zwischen Amt und Kunde in den Blick fassenden Sozialservice!

SPERRE: Klingt auch nicht schlecht, erinnert allerdings ein wenig an die sogenannten ‚Eingliederungsverträge', mit denen das demnächst geltende ‚Job-Aqtiv-Gesetz' das Verhältnis zwischen Arbeitsamt und Arbeitslosem auf eine beide Seiten vertraglich bindende Ebene stellen will.

Willamowski: Nicht von ungefähr. Auch wir haben uns das Prinzip ‚Fördern und Fordern', das sich im ‚Job-Aqtiv-Gesetz' niederschlägt, auf unsere Fahnen geschrieben. Keine Frage: Eine solidarische Gesellschaft muß den Einzelnen fördern. Genauso klar ist aber, daß sie ihn auch fordern, und: daß der Einzelne sich selbst fordern muß!

SPERRE: Gilt das auch für das Sozialamt?

Willamowski: Natürlich ist auch die Verwaltung ständig gefordert, auf gesellschaftliche Entwicklungen und Notwendigkeiten zu reagieren und, wie gesagt, ihren Service dementsprechend zu modernisieren. Dabei ist und bleibt unser wichtigstes Ziel, daß Menschen, die - aus welchem Grund auch immer - auf Sozialhilfe angewiesen sind, ihre Bedürftigkeit nachhaltig überwinden. Ich bin der Überzeugung, daß es mit dem bloßen Überweisen des Geldes allein nicht getan ist. Und genau da setzt unser Modell ‚Sozialagentur' den Hebel an. Zukünftig wollen wir unseren Kunden in enger Kooperation mit anderen Trägern, beispielsweise dem Arbeitsamt, ein umfassendes Fallmanagement anbieten, das von der individuellen Beratung über die gemeinsame Entwicklung eines Hilfeplans bis hin zur gezielten Vermittlung in einen Job reichen kann. Und in der Beratung wird es dann eben auch um Aspekte der Gesundheits-, der Budget- oder der Schuldenberatung gehen. Oder um die Frage: Wie und wo finde ich vielleicht eine billigere Wohnung?

SPERRE: Und wie steht es da mit der Freiwilligkeit?

Willamowski: Wir respektieren die persönliche Autonomie des Ratsuchenden. Aber wir werden seine aktive Teilnahme an der Suche nach gangbaren Alternativen auch einfordern, soviel ist klar. Das fällt dann unter die Rubrik ‚Fordern'. Wer nicht teilnehmen will, muß mit Kürzungen seiner Sozialhilfe rechnen. Das heißt aber keineswegs, daß es im Rahmen des Beratungsprozesses nicht zu verschiedenen Auffassungen über mögliche Maßnahmen kommen könnte. Das muß das Verhältnis zwischen Ratsuchendem und Berater aushalten. Daß wir vom Sozialamt am vermeintlich längeren Hebel sitzen, kann meiner Meinung nach kein Maßstab sein. Eine gemeinsam auf Augenhöhe vereinbarte Stellensuche zum Beispiel hat doch ungleich mehr Erfolgschancen als ´zig aufgezwungene, halbherzig betriebene Bewerbungen.

SPERRE: Ist die Einrichtung von Sozialagenturen womöglich ein erster Schritt in Richtung einer Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe?

Willamowski: Nein. Die Perspektive einer Zusammenlegung von Arbeitlosen- und Sozialhilfe wird durch das sogenannte ‚Mozart'-Modellprojekt erprobt. Dies ist im Gegensatz zu den nordrhein-westfälischen Sozialagenturen ein bundesweites Versuchsmodell, das in zwanzig Städten die konkrete Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern bei der Betreuung, Beratung und Vermittlung von Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern ins Auge faßt. Münster nimmt an dem ‚Mozart'-Projekt allerdings nicht teil.

SPERRE: Herr Willamowski, vielen Dank für dieses Gespräch.

sic
Sozialhilfeberatung im cuba
Achtermannstraße 10–12
48143 Münster Telefon 58856
Beratungszeiten
Di.–Fr. 9–12 Uhr
Do. 15–17 Uhr
Beratung für Schwangere und Alleinerziehende
Do. 10–12 Uhr
Sozialhilfe-Sorgentelefon
Mo. 15–17 Uhr Telefon 43544

Der Euro kommt.

Die Folgen sind vielen nicht klar.
Manche befürchten nur Nachteile.
Andere reden die Befürchtungen weg.
Was ist dran an der Währungsumstellung?

Die Umstellung ist keine Währungsreform wie 1923 oder 1948. In den damaligen Entwertungen haben viele ihre Guthaben, Ersparnisse und Altersabsicherungen im großen Stil verloren. Das ist heute nicht so. Alle Guthaben, Schulden, Zahlungsverpflichtungen und Ansprüche bleiben in gleichem Umfang erhalten. Die Kaufkraft bleibt gleich, es ändert sich allein die Währung.

Die Währung ändert sich übrigens nicht erst zum 1. Januar 2002. Im bargeldlosen Geldverkehr ist der Euro längst üblich. Mit dem festem Kurs von 1:1,95583 wird die Mark dort seit Jahren in Euro umgerechnet, beziehungsweise zunächst in ECU, wie der Euro früher hieß. Ab dem 1. Januar 2002 kommt die Währungsumstellung auch beim Bargeld. Kurz vor Weihnachten kann sich jeder für 20 Mark die ersten Münzen kaufen. Scheine gibt es erst im neuen Jahr. Das DM-Bargeld wird im Alltag ab März 2002 unbrauchbar. Allerdings kann man die Mark auf unbefristete Zeit immer noch in den Zentralbanken eintauschen. Sparstrümpfe und Kissen voller Scheine verlieren ihren Wert also nicht durch die Umstellung.

Mit dem neuen Geld wird es in den ersten Tagen und Wochen noch Unsicherheiten geben, weil es noch unbekannt ist, ähnlich wie bei einem Besuch in einem anderen Land. EU und Bundesregierung haben deshalb Bildmaterial zu Erkennung des neuen Geldes herausgegeben. Später wird die Übung das notwendige Vertrauen bringen. Wer aber vor dem 1. 1. 2002 schon einen Euro-Schein in die Hand bekommt, kann sicher sein, daß das eine Fälschung ist. Wer den Wechsel ruhig angehen will, sollte soviel wie möglich bargeldlos zahlen. In den beiden Monaten des Übergangs kann es wegen der doppelten Währungsausstattung in den Kassen ab und an zu Verwechslungen und zu Fehlern kommen. Fachleute empfehlen, in dieser Zeit bargeldlos zu bezahlen.

Euro als Zahlungsmittel.

Für weitere Zahlungsmittel gibt es einige Besonderheiten. Euroschecks mußten bisher europaweit bis zu einem bestimmten Wert eingetauscht werden. Diese Umtauschgarantie wird zum Jahreswechsel aufgehoben. Briefmarken, auf denen noch kein Euro-Wert aufgedruckt ist, sollten bis Juni aufgebraucht werden. Danach kann man sie nicht mehr benutzen und nur noch bis Dezember 2002 bei der Post eintauschen. Telefonkarten der Telekom werden elektronisch umgerechnet, sie verlieren ihren Wert nicht.

Die Währungsumstellung ändert nichts an der Gültigkeit laufender Verträge, auch wenn diese in DM-Beträgen lauten. Die Euro-Einführung ist kein Kündigungsgrund. Die Verträge brauchen nicht geändert zu werden. Bei der Erfüllung der Verträge wird jeder DM-Betrag mit 1:1,95583 umgerechnet. Rundungen dieses Kurses sind nicht erlaubt. Erst wenn sich am Ende ein EURO-Betrag mit Bruchteilen von Cent ergibt, ist ein Auf- oder Abrunden zulässig. Diese Regel gilt für alle Verträge, also auch für alle Arten von Arbeitsverträgen, Mietverträgen, Sparverträgen oder Kreditverträgen.

Wer einen Vertrag ändert, um etwa einen glatten Euro-Betrag zu erhalten, muß mögliche Nachteile beachten. So kann bei einem Vermögensbildungsvertrag, bei einer Lebensversicherung oder einem Kreditvertrag eine neue Vertragsabschlußgebühr anfallen. Auch an Verzinsung oder Kündigungsbedingungen kann sich etwas ändern, wenn man den Vertrag nicht in der bisherigen Form bestehen lassen will. Aber, wie gesagt, man kann alle Verträge so lassen, wie sie sind.

Der Staat und die Sozialversicherungen stellen zum Jahreswechsel die gesamte Rechnung auf Euro um. Bei den Steuern läuft es so, daß die Steuererklärungen bis 2001 in DM-Beträgen berechnet und abgegeben werden müssen, für die kommenden Jahre ist in Euro zu rechnen. In den einzelnen Sozialleistungen ändert sich im Grunde nicht viel. Es wird mit demselben Kurs umgerechnet. Wenn gerundet wird, dann in den meisten Fällen zugunsten des Bürgers. Einige Beispiele für Umrechnungen: geringfügige 630-Mark-Jobs heißen künfig 325-Euro-Jobs. Nebeneinkommen sind bisher bis 315 Mark anrechnungsfrei, ab 2002 bis 165 Euro. 300 Mark Kindergeld werden künftig umgerechnet in 154 Euro.

Den Euro einzuführen, kostet viel Aufwand. Er nutzt denen besonders, die viel Zahlungsverkehr in Europa tätigen. Ebenso erleichtert er die Kalkulation im Urlaub. Die Banken kommen allerdings nur zögerlich nach. Überweisungen über die Grenze hinweg kosten meist noch unverhältnismäßig viel Geld. Dennoch hat es das Geld einfacher als die Menschen, sich einen anderen Platz zu suchen. Wer innerhalb von Europa in einem anderen Land leben will, muß sich auch zukünftig an sehr verschiedenen Systemen abarbeiten. Es gibt kaum soziale Mindeststandards, an denen man sich orientieren könnte. Es gibt weder ein gemeinsames Gesundheitswesen, noch kann man die Rente einfach so in ein anderes Land mitnehmen. Arbeit suchen in einem anderen Land darf man für eine begrenzte Zeit, dann gibt es Probleme mit der Aufenthaltsgenehmigung. Und wenn man eine Grundsicherung, wie etwa die deutsche Sozialhilfe, in einem anderen Euro-Land in Anspruch nehmen will, dann wird man sich wundern, wie wenig Europa geeint ist. avo

Bringt der Euro Erleichterungen?

Die Stadt Münster hat übrigens eine
Euro-Hotline
eingerichtet:
0251 - 492 - 1999.

Rosta
BUCHLADEN
Aegidiistr. 12, 48143 Münster,
Tel.: 02 51/4 49 26

SPERRE-Fotokurs SPERRE-Fotokurs SPERRE-Fotokurs

Im Januar/Februar 2002 (der genaue Termin steht noch nicht fest) bieten wir in der SPERRE einen wöchentlich stattfindenden Fotokurs für alle an, die Lust und Mut haben, sich an Kamera, Dunkelkammer und das Erstellen von eigenen Schwarzweiß-Abzügen heranzuwagen.

Kursleiter Björn Schwentker wird eine Einführung in den kompletten Weg der Kreation von Schwarzweiß-Fotografien bieten: Am Anfang des Kurses wird der Umgang mit der Kamera und den dazugehörigen technischen Fein- und Gemeinheiten kurz besprochen. Dann heißt es: Die Kamera nehmen und einfach ausprobieren! Das Trainieren der richtigen Kamerabenutzung, vor allem aber das Besprechen der gemachten Bilder sowie Diskussionen über Bildgestaltung und Kompositionsregeln (und warum man sie brechen soll) stehen dann im Mittelpunkt der Treffen. Die Benutzung der Dunkelkammer, um dort die eigenen Schwarzweiß-Abzüge zu erstellen, steht auch auf dem Programm, sodaß die Teilnehmer, zunächst unter Anleitung, an den Tagen zwischen den Treffen die Möglichkeit haben, ihre Bilder selbst zu entwickeln.

Der Kurs will allen Interessierten die Faszination der Schwarzweiß-Fotografie nahebringen: Sehen, Fotografieren, kreative Arbeit in der Dunkelkammer. Ziel des Kurses soll eine gemeinsame Ausstellung mit den Werken der Beteiligten sein.

Voraussetzung für die Teilnahme ist Spaß an der Fotografie und die Bereitschaft, regelmäßig am Kurs teilzunehmen. Von Vorteil wäre eine eigene Spiegelreflexkamera (ist aber kein ‚Muß').

Kontakt: SPERRE, 0251 - 51 11 21

SPERRE-Fotokurs SPERRE-Fotokurs SPERRE-Fotokurs

Michael Topp
Paul Demel
Rechtsanwälte

Bahnhofstraße 5 · 48143 Münster
Telefon 0251/414 05 05 · Fax 0251/414 05 06

STADT MÜNSTER
Presse- und Informationsamt

Tausend Fragen - zwei Adressen

Bürgerberatung im Stadthaus I

Wir sagen Ihnen, wo's langgeht
Wo finde ich was? Welche Stelle ist zuständig? Ansprechpartner? Öffnungszeiten?

Schwarz auf weiß zum Mitnehmen
Broschüren, Infoblätter, Programme, Veranstaltungskalender, Formulare, Stadtpläne

Wir sind für Sie da
Mo - Fr 9.30 - 18.00 Uhr; Sa 9.30 - 13.00 Uhr
Telefon 492-1313

Stadt-Infos im publicom

www.muenster.de/stadt
Diese Internet-Adresse führt zu Informationen und Dienstleistungen der Stadtverwaltung

Zum Beispiel:

www.muenster.de/stadt/vhs
Komplettes Jahresprogramm der Volkshochschule, Kurse und andere Veranstaltungen suchen und online buchen, Termine, VHS aktuell

www.muenster.de/stadt/wohngeld
Neues Wohngeld-Gesetz mit Formularen zum Download

www.muenster.de/stadtbuecherei
mit Online-Katalog, Vormerkung, Verlängern und Zugriff auf über 300.000 Medien

www.muenster.de/stadt/archiv
Adresse für Leute mit Interesse an Stadtgeschichte, mit 2 Online-Ausstellungen

www.muenster.de/stadt/formulare
Vordrucke zum Download, teilweise zum online ausfüllen

Arbeitslose brauchen Medien e. V.

Achtermannstr. 7 · 48143 Münster
Tel. 51 11 21 · sperre@muenster.de · Fax 4 79 14

Allg. Öffnungszeiten: **Mo.–Fr. 10.00–16.00**

Termine:

Mo.	Treffen für Interessierte, freie MitarbeiterInnen, PraktikantInnen u. ProjektteilnehmerInnen	12.00–13.30
	Stammtisch (2. Mo. monatl.)	20.00–22.00
Di.	Redaktionssitzung	13.00–15.00
	Frühstücksrunde (1. + 3. Di. monatl.)	10.00 - 12.00
Mi.	Offener Frauentreff	14.30–16.00

Weitere Termine nach Vereinbarung

HöRSTURZ

Unser Radiotip

„W.A.S. – Wohnen, Arbeit, Soziales"

auf Radio Antenne Münster jeden 4. Donnerstag im Monat
von 18.04 Uhr – 18.56 Uhr.

Wir suchen ehrenamtliche MitarbeiterInnen für

- Text
- Redaktion
- Fotografie
- Verteilung
- Zentrumsarbeit
- Anzeigenakquise

Meldet Euch bei:
SPERRE
Münsters Monatsmagazin für Arbeit und Soziales
Achtermannstr. 7
(gegenüber vom c.u.b.a.)
48 143 Münster
✆ 0251/ 511121

Sozialberatungen im *cuba*

Achtermannstr. 10–12
48143 Münster

Arbeitslosenberatung Offene Beratung ohne Voranmeldung	Mo. u. Do. Di. u. Do.	15.00–17.00 Uhr 09.00–12.00 Uhr
Tel. 51 19 29		u. nach Vereinbarung
sic – Sozialhilfeberatung im cuba	Di. bis Fr.	09.00–12.00 Uhr
Tel. 5 88 56	Do.	15.00–17.00 Uhr
Beratung für Schwangere und Alleinerziehende **Tel. 5 88 56**	Do.	9.00–12.00 Uhr u. nach Vereinbarung
Sozialhilfesorgentelefon **Tel. 4 35 44**	Mo.	15.00–17.00 Uhr
Projektberatung Beratung zu ABM und anderen Beschäftigungsmaßnahmen **Tel. 51 19 29**		nach Vereinbarung

StammTisch

für Arbeitslose und Interessierte
– *Austausch von Ansichten, Anregungen, Auswegen* –

Jeden 2. Montag im Monat ab 20 Uhr

Kontakt:
Arbeitslose brauchen Medien e.V.
Achtermannstraße 7
48143 Münster
Tel. 0251/51 11 21

NEU Treff für arbeitslose Frauen *NEU*
Erfahrungsaustausch

Jeden Mittwoch 14.30 Uhr–16.00 Uhr

Kontakt:
bitte telefonisch anmelden
Tel. 02 51/ 51 11 21

im *SPERRE*-Keller gegenüber vom *cuba*.

GRÜNDERWERKSTATT

Ideen schmieden – Pläne zuschneiden – das eigene Unternehmen aufbauen.
Jeden Mittwoch, 16.30 Uhr bis 18.00 Uhr, im **phönix** - Gründungsnetzwerk,
Hafenweg 15, Münster
Info-Telefon: 0251/ 60 95 90